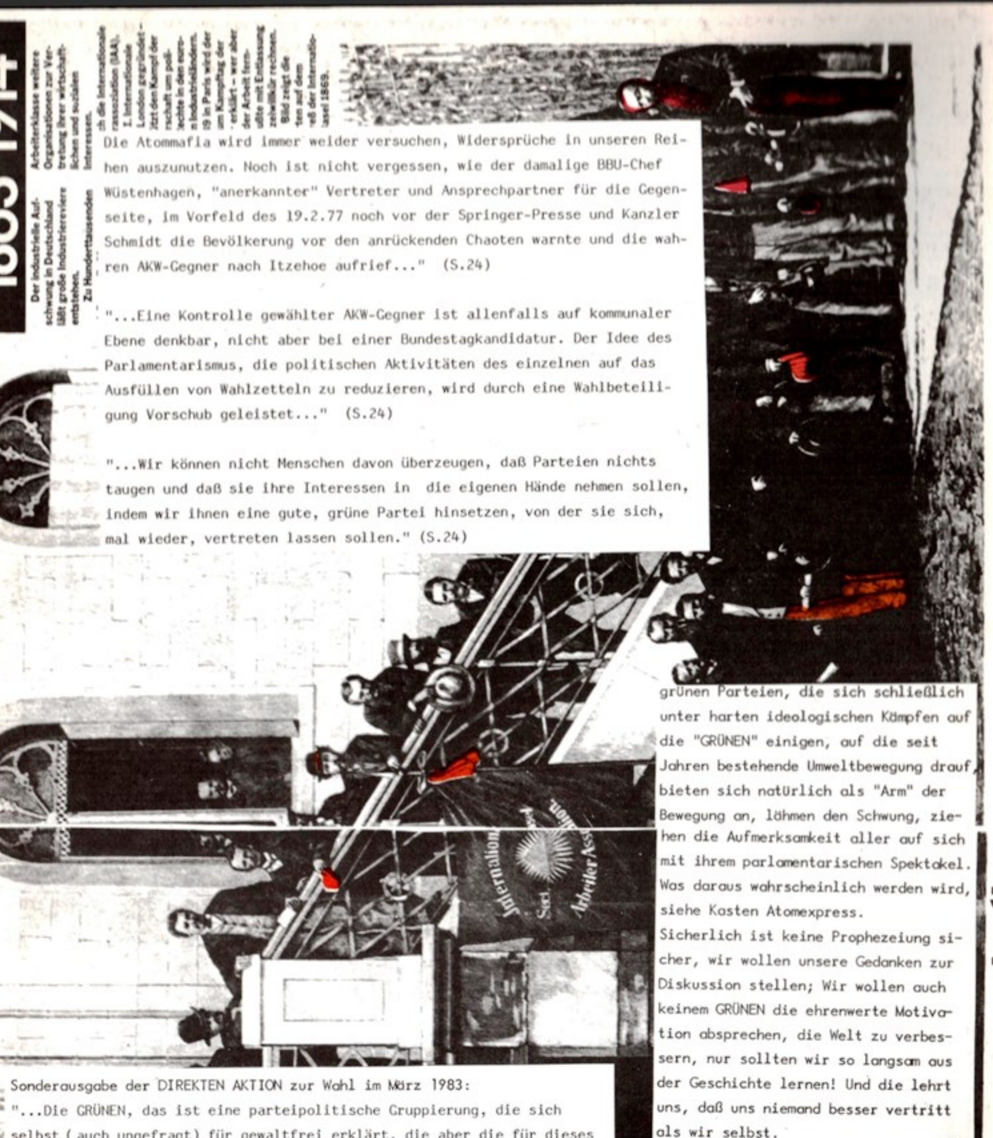


"Die Atommafia wird immer weider versuchen, Widersprüche in unseren Reihen auszunutzen. Noch ist nicht vergessen, wie der damalige BBU-Chef Wüstenhagen, "anerkannter" Vertreter und Ansprechpartner für die Gegenseite, im Vorfeld des 19.2.77 noch vor der Springer-Presse und Kanzler Schmidt die Bevölkerung vor den anrückenden Chaoten warnte und die wahren AKW-Gegner nach Itzehoe aufrief..." (S.24)

"...Eine Kontrolle gewählter AKW-Gegner ist allenfalls auf kommunaler Ebene denkbar, nicht aber bei einer Bundestagkandidatur. Der Idee des Parlamentarismus, die politischen Aktivitäten des einzelnen auf das Ausfüllen von Wahlzetteln zu reduzieren, wird durch eine Wahlbeteiligung Vorschub geleistet..." (S.24)

"...Wir können nicht Menschen davon überzeugen, daß Parteien nichts taugen und daß sie ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen sollen, indem wir ihnen eine gute, grüne Partei hinsetzen, von der sie sich, mal wieder, vertreten lassen sollen." (S.24)

grünen Parteien, die sich schließlich unter harten ideologischen Kämpfen auf die "GRÜNEN" einigen, auf die seit Jahren bestehende Umweltbewegung drauf, bieten sich natürlich als "Arm" der Bewegung an, lähmen den Schwung, ziehen die Aufmerksamkeit aller auf sich mit ihrem parlamentarischen Spektakel. Was daraus wahrscheinlich werden wird, siehe Kasten Atomexpress.

Sicherlich ist keine Prophezeiung sicher, wir wollen unsere Gedanken zur Diskussion stellen; Wir wollen auch keinem GRÜNEN die ehrenwerte Motivation absprechen, die Welt zu verbessern, nur sollten wir so langsam aus der Geschichte lernen! Und die lehrt uns, daß uns niemand besser vertritt als wir selbst.

Der Widerstand, auf den sich die GRÜNEN drauf gründen, besteht ja schon, sie können nur Kräfte abziehen; und Propaganda kann man an anderen Plätzen als dem Parlament genauso machen. Übrigens, was den Widerstand angeht:

Sonderausgabe der DIREKTEN AKTION zur Wahl im März 1983:

"...Die GRÜNEN, das ist eine parteipolitische Gruppierung, die sich selbst (auch ungefragt) für gewaltfrei erklärt, die aber die für dieses System typische parlamentarisch-repräsentative Gewalt durch ihre eigene Kandidatur anerkennt;....

...Die GRÜNEN selbst sind es ja heute, die die Redensart vom "Unregierbarmachen dieser Republik am vehementesten zurückweisen..."

(erhältlich bei: Initiative FAU, Postlagerkarte 073654 A, 46 Dortmund 1)

Der Weg zur Massenorganisation

Am Samstag, dem 5.3.83, 14.oo Uhr findet in der Kronenstr.9, (Umweltzentrum) in Karlsruhe ein Vorbereitungstreffen Süddeutschland für die nationale Großdemo am 2.6.83 gegen das Kernforschungszentrum K'he statt.

Letzte Meldung:
2.4.-4.4.83 in München: Dead's Wos!
(Tut was!)
Kontakt: D.W. Komitee, Heßstr. 80, München

2 DM

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN



REDAKTIONSADRESSEN

AKTION (Region Mitte & Nord)
Rotlintstraße 11
6 Frankfurt/M 0611/434062
oder
Postlagerkarte 031 301 B
6 Frankfurt/M. 17

D. Feßler (Region Süd)
Postfach 2442 0721/27525
75 Karlsruhe 1
oder
Freie Leihbücherei
Klauprechtstr.27
75 Karlsruhe

KONTO:

K. Cohrs
Postscheckkonto 3337 97-601
Pscha. Ffm
BLZ 500 100 60

Die **AKTION** erscheint alle 2 Monate zum Preis von 2 DM. Abos nur gegen Vorauszahlung auf unser Konto.
Bei Bestellung von Einzelexemplaren muß der Betrag in Briefmarken beiliegen.
Für Anzeigen ist die Preisliste vom Juli/August 82 gültig.
Für Behörden und Institutionen liegt der Abo-Preis bei 6/3oDM und 12/6o DM.

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Wir suchen noch Wiederverkäufer für unsere Zeitung.U.a. für folgende Städte:
Aschaffenburg,Würzburg,Nürnberg,München,Berlin,Köln,Bremen,Lübeck,Wilhelmshf.,Saarbrücken,Tübingen,Freiburg,Heidelberg,Hannover,Kaiserslautern,Göttingen,Essen,Braunschweig,............
Dort werden bisher keine, oder zu wenig Hefte verkauft.
Wer Interesse hat, soll sich melden, es gibt ab 5 Exemplaren 30% Rabatt (also 60 Pfennig pro Heft), dafür zahlt ihr dann das Porto.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist."Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT: AKTION - 3.Jahrgang Heft 10 No.1/83

diesmal unten auf der Seite ↓

Anzeigen

A B O

Allen, die dieses erlesene Blatt regelmäßig in die Finger kriegen wollen, sei nochmals ein Abonnemäng empfohlen:
6 Nummern - 15 Märker
12 Nummern - 3o Märker
Die Anwartschaft auf Ministerposten nach der Revolution ist NICHT im Abo-Preis enthalten!
Sofort NACH dem Eingang des Geldes auf unserem Konto bekommt ihr die NÄCHSTE Ausgabe der AKTION zugeschickt.
Konto: K.Cohrs
Postscheckkonto
3337 97-6ol
Pscha Ffm,
BLZ 5oo loo 6o.

V.i.S.d.P.: Christian Rakowski,
Kaiserallee 8, 7500 Karlsruhe 1

WÄHLEN ?

MEINE STIMME, DEINE STIMME,

SCHEIßSTIMME

Wahlplakate gegen Wahlplakate,

Wahlparolen gegen Wahlparolen,

Waschmittelwerbung gegen Waschmittelwerbung,

Wahlagitation um deine stimme !!!

Wofür sind eigentlich parlamente da?

Die funktion des parlaments besteht darin: Kompromisse zwischen gegensätzlichen interessen der gesellschaft zu finden - kompromisse im rahmen der staatlichen ordnung, d.h. auf dem boden bestimmter festgeschriebener machtverhältnisse. Wer aber bei diesen kompromissen als sieger hervorgeht, dürfte bei themen wie startbahn, WAA, betriebsarbeit, ökologie nicht schwer zu erraten sein.
Viele haben in basisaktionen, z.b. Bi-arbeit gelernt, daß ihre interessen, entgegen aller parteiparolen vom staat nicht vertreten werden, daß wirkliche änderungen und verbesserungen nur gegen den staat, durch eigene aktionen erreicht werden, warum soll man/frau diesen lernschritt durch teilnahme an den wahlen wieder zurücknehmen. Selbst wenn man/frau mit seiner stimme erreicht, daß das "kleinere Übel" an die macht kommt, wechselt im besten fall das verhältnis vom vorher unterdrückten in den später bevormundeten, aber im grunde bleiben die alten machtstrukturen - "von oben nach unten" - bestehen.

Es wird zwar von befürwörtern einer basiskandidatur immer wieder das imperative mandat beschworen, wonach die gewählten den beschlüssen der basis verpflichtet wären. Dies wäre eine glaubhafte rechtfertigung für eine wahlbeteiligung, doch bleibt den befürwörtern nur die vage hoffnung, daß es dieses mal mit der "ehrlichkeit" der parlamentarier besser klappt (es gibt schon jetzt bei teilen der grünen parlamentarier bestrebungen, berufspolitiker mit geregelten diäten zu werden). Innerhalb des bürgerlichen parlaments gibt es keine rechtliche grundlage für das imperative mandat. Die gewählten sind letztlich nur ihrem gewissen verpflichtet. Dies wird durch eine höchstrichterliche entscheidung des



bundesverfassungsgerichtes von 1979 bestätigt: Danach ist die abberufung einzelner personalratsmitglieder durch die mehrheit der wahlberechtigten oder einer gewerkschaft (wie sie nach dem personalvertretungsrecht der stadt Bremen möglich war) verfassungswidrig, da sie ausdruck des rätegedankens sei !!!!!
Wie so oft werden auch bei diesen wahlen die jugendlichen nicht berücksichtigt. Es scheint als seien sie für die parteien uninteressant, da sie kein stimmrecht haben, doch wird gerade bei ihnen der unterschied zwischen selbstbestimmung und "interessenvertretung" am deutlichsten gezeigt.- sie dürfen sich nicht einmal ihre unterdrücker aus suchen. Die parlamentstätigkeit widerspricht dem anspruch auf mehr direkte demokratie. Es geht doch um selbstbestimmung, direkte interessendurchsetzung - nicht um vertretung und delegation. Entscheidend ist, daß atomkraftwerke, altstadtzerstörung (wohnraumvernichtung), startbahn west etc. an ort und stelle verhindert werden - und das freie jugendhäuser, kinderläden und freie abtreibung erkämpft werden, nicht, daß irgendwelche vertreter im parlament ihre meinung dazu abgeben können !!! Wenn wir aktiv sind kennt das parlament ohnehin unsere positionen. Aber auch eine direkte positionsdarstellung im parlament wäre bedeutungslos, da dort nicht der ort der entscheidungsfindung ist, sondern meist schon im vorfeld entschieden wurde, was dann "das hohe haus" nur noch der form wegen bestätigt. Wer's nicht glaubt, der soll mal eine parlamentsdebatte aufmerksam verfolgen (und sicherheitshalber vorher aufschreiben, worum es eigentlich dabei gehen soll).
Die alternative besteht nicht in dieser oder jener partei, zwischen unterdrückt oder bevormundet werden, sondern als direkt betroffener selbstständig zu handeln.
Ansätze dazu bieten verschiedene basisaktivitäten, wie stadtteilgruppen, mieterräte, frauengruppen, autnome betriebsgruppen, verschiedene kollektive, föderationen usw.

Verteidigt eure interessen selbst !!!

Wählt ungültig !!!

FAI
Föderation Anarchistischer Initiativen

POST



Hallo Leila!

Du hast Gedanken und -fetzen in Deinem Artikel aufgereiht, die mir auch oft so oder ähnlich durch den Kopf gehen. Und Deine Gedankenkette könnte man weiterführen, bis ein dickes Buch mit Fragen, Gedanken und Zweifeln entsteht, eine Art Fortsetzungsgeschichte.
Manchmal mag ich gar nicht mehr darüber nachdenken, wieviel Scheiße hier und anderswo läuft und was noch auf uns zukommt. Dann möchte ich sein wie meine Mutter oder viele andere Frauen: Ehefrau, Hausfrau, Mutter in "geordneten" Verhältnissen, nur bis zum nächsten Mittagessen, bzw. bis zum Monatsende denken - reichen die Kohlen? - Manchmal ein bißchen Verwunderung oder Angst bei der Tagesschau empfinden, aber dann doch wieder denken, daß man ja nichts machen kann und daß "die da oben" schon wissen, was richtig ist, schon den Überblick behalten.
Und dann kommt mein Dickkopf wieder durch, und ich weiß, daß ich weder zurück kann, noch zurück will in diese stumpfe Resignation, daß ich zuviele Gedanken und Gespräche hatte, die mich verändert haben.
Ich will nicht resignieren, "denen" das Feld überlassen. "Denen", das sind die "Bestimmer" da oben und die "Ja-sager" hier unter uns.
Ich will mich wehren, will wenigstens laut "Nein" gesagt haben, wenn ich "Nein" meine. Auch wenn ich mir manchmal dabei vorkomme wie das trotzige Kind, das schreit und mit dem Fuß aufstampft und gegen die mächtigen Eltern nichts erreicht. Aber solange ich noch fähig bin, "trotzig aufzustampfen" und merke, daß es andere auch tun, gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß wir mehr werden, und daß mehr Trotzköpfe auch mehr Kraft haben und mehr erreichen können.
Das mag in den Augen einiger Illusion sein, aber Illusion ist besser als Resignation!

Elke

Ein Brief aus Griechenland:

- Theodoros Tsouvalakis und Theodoros Pisimisis, die wegen bewaffnetem Raub, bzw. Hausbesetzung verurteilt waren, sind nach einem langen Hungerstreik freigelassen worden.
- Nikos Malis, der mit Pisimisis eingesperrt war, ist noch immer im Knast (wegen Hausbesetzung). Damit er nach 2/3 der Haftzeit freikommen kann, müssen 100.000 Drachme aufgebracht werden. Hierfür lief im Oktober ein großes Solidaritäts-Konzert in Athen.
- Manolis Britzolakis, der wegen Hausbesetzung, A -Sprühereihen und anti-staatlichen Graffitys auf der Insel Kreta 2 Jahre Knast abzusitzen hat, begann einen Hungerstreik, nachdem ihm die Knastbullen gewaltsam die Haare abgeschnitten haben.
- Seyropoulos ist inzwischen frei!
- Siebzehn andere Genossen sitzen z.Z. noch in griechischen Knästen.

Mesc(A)leros Payen

(Der Brief bezieht sich auf die Berichte in der AKTION 2/82 und 6/82. Die Anarchisten wurden unter dem post-faschistischen Regime Karamanlis, das vor der PASOK regierte, unter den absurdesten Behauptungen verurteilt. Anarchistische Zeitungen mußten vor lauter Demokratie ins Land geschmuggelt werden.) d. Red.

"Es geht darum, daß der Staat die Autorität des Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht: auch zum Gewaltmonopol wahrt. Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos reden läßt...Die Macht kann auch Zustimmung zum Recht erzwingen."
(FAZ 26.6.81)

Terrorismus in Wuppertal

Der eine oder die andere wird schon davon gehört haben, daß auch hier in Wuppertal ein Ermittlungsverfahren wegen des § 129a läuft. Dieses Ermittlungsverfahren steht jetzt kurz vor dem Abschluß, die Anklageschriften sind formuliert und verschickt -mit dem Prozeßbeginn im Bunker des Oberlandesgerichtes Düsseldorf ist Anfang 83 zu rechnen. Der § 129a bestraft die Bildung terroristischer Vereinigungen, die sich zum Zweck des Mordes, Totschlags, Völkermordes, der Freiheitsberaubung, der Brandstiftung, der schweren und besonders schweren Brandstiftung, der Herbeiführung von Sprengstoff- oder Kernenergieexplosionen etc. mit Gefängnisstrafe von mindestens 6 Monaten bis 10 Jahren.

Dieses 129a Verfahren wurde bereits 1979 eingeleitet und hatte sich im Laufe der Zeit auf ca. 20-25 Leute ausgedehnt, von denen jetzt 11 angeklagt werden. Konkret wird uns vorgeworfen, daß wir eine terroristische Vereinigung gegründet hätten, die u.a. den neuen Knast in Vohwinkel, das Grundbuchamt, Bayer, die Justizvollzugsschule, das Kreiswehrersatzamt und noch einiges andere angezündet haben, mehrere hundert Parolen (von "weg mit dem Dreck" bis zu "Solidarität mit der RAF, 2.6., RZ") gesprüht hätten und für ein Vollbeschäftigungsprogramm der Glaserinnung gesorgt hätten (vom CDU-Büro bis zu Sex-Shops).
Im wesentlichen geht ihre Konstruktion davon aus, daß die in Wuppertal gelaufenen Aktionen von einer ganz bestimmten Gruppe ausgegangen sind, die unter dem (polizei-) internen Namen "Antifa" schon seit etlichen Jahren als feste Gruppe im Tal operiert. Die Anklageschrift hat insgesammt einen Umfang von 280 Seiten, die dazugehörigen Akten umfassen ca. 9000 Blatt, hinzu kommen noch etliche tausend Seiten Spurenakten, 100 Zeugen sind (bis jetzt) geladen, darunter 1o Sachverständige vom BKA. Daß es eine Gruppe sei, wird einzig und allein dadurch "bewiesen", daß keine andere Gruppe im Tal - die zu solchen Taten hätte bereit sein können - gefunden wurde.
So gesehen stützt sich die Anklage auch nicht auf konkrete Beweise und Tatzuordnungen, sondern die ganze Anklageschrift ist hauptsächlich von dem Gedanken beseelt, die Gruppenkonstruktion zu stützen, konkret also - wer, wann, wo, mit wem zusammengewohnt oder demonstriert telefoniert oder weiß der Teufel was - zusammengemacht hat. Es finden sich sogar solch banale Ereignisse, wie das eines observierten Umzugs in den Akten wieder.
Der Staat rückt hier also in der Richtung einen Schritt vor, mit dem Mittel des § 129a die Leute nicht mehr auf Grund konkreter Taten, sondern aufgrund ihrer Lebenszusammenhänge, Freundschaften, Bekanntschaften usw. festzusetzen. Strafbares Verhalten wird also mit diesem Paragraphen vorverlegt, in den Bereich von Ansichten, Äußerungen, Absichten und Propaganda. Seine ganz besondere Note erhält dieser Prozeß aber noch dadurch, daß die fest organisierte Guerilla Gruppe natürlich nur in den Köpfen von Generalstaatsanwalt Rosenbaum und einiger Gehirnlakaien vom LKA (Landeskriminalamt) existiert. Vielmehr ist es so, daß sich auf der Anklagebank Leute zusammenfinden, die teilweise (um es mal vorsichtig auszudrücken) erhebliche politische Differenzen zueinander haben, was uns nicht gerade die Prozeßführung erleichtert, gleichzeitig aber auch ein Licht auf die Qualität der Ermittlungen wirft.
Und wirklich, es sträuben sich einem oft die Nackenhaare, liest man, welch abenteuerliche Räuberpistole sie sich zusammengesponnen haben. Aber sie sträuben sich einem eben, und das Lachen gefriert irgendwo auf den Lippen, denn sie machen ernst und wollen Verurteilungen, worauf der Umfang der gesammten Ermittlerei und das Stattfinden vor dem Terrorsenat in Düsseldorf, der für seine Verurteilungsfreudigkeit hinreichend bekannt ist, hindeuten. Das hat hier im Tal ganz konkrete Auswirkungen auf die "Scene".
In den letzten Jahren hat sich ja auch hier allerhand entwickelt.

Denken wir nur an die Hausbesetzungen in der Reichstraße/Farbmühle, Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen, AKWs, gegen die L 418, Aktionen gegen Rekrutenvereinigungen, Aktionen die die politischen und sozialen Gefangenen in ihren Forderungen unterstützen oder an die vielen militanten Aktionen und last not least die Auseinandersetzungen, die sich um die Punkertreffen aufgetan haben, verschiedene Vernetzungsprojekte und und.... kurzum, die "Scene" ist in Bewegung geraten. Mit solch einem Mammutprozeß soll eine solche Entwicklung natürlich zurückgeworfen werden, was er auch faktisch jetzt in der Ankündigungsphase ein Stück bewirkt. Ein gewisser paralysierender Effekt, gerade auch bei einem selbst, ist nicht von der Hand zu weisen, der Prozeß nimmt halt einen gewissen Raum in der täglichen Beschäftigung ein und verbreitet ein unsichtbares, schleichend wirkendes Gift, auch Angst genannt. Und kommen sie wirklich mit ihrer Konstruktion durch und kann dieses nicht wenigstens teilweise abgewehrt werden, so heißt das erstmal für uns, die Betroffenen, einige Zeit Knast, aber auch klipp und klar, daß die Herrschenden sich hier einen Präzedensfall schaffen, der es ihnen zukünftig noch viel leichter macht, diffuse "Klumpatsche" von Leuten allein auf Grund ihrer Zusammenhänge einzuknasten. Dass das keine wilden Phantastereien sind, beweist am besten der Satz eines der ihren-und zwar von Frank Kitson, einem britischen NATO - General, der sich in Nordirland in anti-subversiver Tätigkeit bewährte und meint: "Die Justiz könnte als eine Waffe im Arsenal der Regierung benutzt werden."
In diesem Fall wird sie nichts weiter als eine propagandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen sein.
Für uns ist es jetzt wichtig einemöglichst große Öffentlichkeit über den Prozeß herzustellen und ihre Schweinereien bekannt zu machen, so zu versuchen ihnen den Prozeß wirklich auf die Füße kippen zu lassen. Als ersten Schritt, alle beteiligten Personen, Gruppen und Fraktionen auf einer gemeinsamen Veranstaltung zusammen zubringen (?).
Noch eins zum Schluß:
die ganzen Vorbereitungen auf den Prozeß werden eine Menge Geld kosten, wer was übrig hat und es wichtig findet, der/die kann es unter dem Stichwort "Schauprozess" auf das Postscheckkonto 3502 24 434 - Essen überweisen. Als letztes fällt mir zu der ganzen Sache noch ein, daß von allen anderen Sachen abgesehen, alles, aber auch jede kleine Kloparole in den letzten 3 Jahren auf unser Konto gehen soll. Also.......

Nach "ANNA", Zeitung bergischer Anarchisten + Anarcho - Syndikalisten









Streik gegen neues Zivildienstrecht





27. Januar. Mindestens 11 000 Zivildienstleistende beteiligten sich nach Schätzungen der „Bundeszentrale der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" am Donnerstag an dem bundesweiten Streik gegen das neue Kriegsdienstverweigerungsrecht.

Auf der Bundesdelegierten-Konferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, am 11./12. Dezember 82, wurde ein bundesweiter Streik für den 27.1.1983 beschlossen, falls das Gestz über die Neuregelung des Anerkennungsverfahrens und des Zivildienstes verabschiedet wird.
Die Versuche, vor der Verabschiedung, Einfluß auf die Entscheidung der Koalition zu nehmen und Öffentlichkeit herzustellen, blieben, wie nicht anders zu erwarten, ohne Erfolg.
Die Aktionen am Tag der Bundestagsdebatte blieben ebenfalls ohne große Öffentlichkeit.

- Klar war für uns, wenn wir streiken, dann nicht mit der Illusion, dadurch das Gesetz kippen zu können.

So waren die Streikvorbereitungen und die Aktionen am Streiktag darauf ausgerichtet:
- neue Bündnispartner zu finden, die unseren Vorstellungen vom KDV noch größere politische Geltung verschaffen können.
- Unserem Unmut Luft zu verschaffen, gegen diese Diskriminierung der Kriegs - dienstverweigerung, der Einführung militärischer Strukturen in den Zivildienst und der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft.
- Der Streik richtet sich nicht gegen Dienststellen und Menschen, die auf die Hilfe der ZDL angewiesen sind, sondern gegen den Gesetzgeber und seine Auf - sichtsbehörde, das BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENST (B.A.Z.).

Durch ihre Betroffenheit über das neue ZD - Gesetz, solidarisierten sich viele Behinderte mit den Streikenden, da sie erkannten, daß auch sie unter dem Gesetz zu leiden haben! Einige beteiligten sich an den Demonstrationen, andere mach ten z.B. Termine mit dem Behinderten -Transport aus, um diese dann kurzfristig wieder abzusagen usw..

Als beispielhaft möchte ich die Struktur des Streiks anführen.

Der Streik wurdeauf der Delegiertenkonferenz beschlossen. Es bildete sich ein Komitee, das verschiedene Aufgabenbereiche hatte:
Bundesweite Koordination, Öffentlichkeits-(Presse)arbeit Druckerei, sammeln von Infos, usw.. Es bildeten sich regionale Koordinationsstellen, die Informationen weiterleiteten, in Kontakt mit SO-Gruppen waren, die auf der Delegierten Konferenz nicht anwesend waren.

Überall bildeten sich neue SO-Gruppen, die mit der Bundeszentrale oder den regionalen Koordinationsstellen in Verbindung traten und Informationen austauschten - oder anforderten. Die verschiedenen SO-Gruppen sind völlig unabhängig von den Koordinationsstellen.
Die Bundeszentrale hat die Funktion, die eingehenden Infos zu sammeln und weiterzuleiten. Keine Entscheidungsbefugnis.
Hier zeigten sich die ersten Schwierigkeiten bei den vielen Briefen und Anfragen der neuen SO-Gruppen, die unbedingt beantwortet werden mußten, wozu diese Stelle jedoch personell zu schwach besetzt war. Es blieb keine Zeit immer neue "Streik-Info-Dienste" fertig zu stellen.
So erschien leider nur ein Info-Dienst, der zweite kam wegen Druckschwierigkeiten zu spät heraus.

Die Aktionsformen, wie auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen blieb den einzelnen Städten überlassen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit teilten sie den Regional-KO's mit, so daß Streik- und Aktionsformen allen SO-Gruppen weitergeleitet werden konnten.

So war der Streiktag auch mit einem Haufen verschiedener Aktionen übersäät, jede Gruppe wählte sich die Sachen aus, von denen sie sich am meisten Wirkung versprach. Einige Beispiele davon:

- Scheinverhandlungen auf den Straßen,
- Besuche bei den zuständigen CDU-Abgeordneten,
- öffentliches Streikfrühstück
- Misthaufen vor dem Rathaus (die Marburger...)
- Straßentheater,
- Demonstrationen,
- militärisches Straßenkehren,
- Info-Stände,
- Mahnwachen,
- Sarg durch die Stadt tragen,
- Grundgesetz begraben,
- Hungerstreiks,
- Schweigen (?).

In Düsseldorf fuhren ZDL mit ihren Dienstwagen zum Flugblattverteilen in den Fußgängerzonen herum; in Landau probierten 8 ZDL aus, ob die Androhung des BAZ wirklich stimmt, alle Leute die streiken - egal ob den ganzenTag, oder eine Stunde - zu bestrafen: sie streikten eine Minute und zeigten sich selber an. Ob das BAZ sich entblödet .....

Die einzelnen Städte und Gruppen meldeten der "Zentrale" die jeweilige Streikzahl, die Aktionen usw., was aber noch nicht 1oo%ig klappte, da das Telefon hoffnungslos überlastet war.

Am 27.1. gab es in ca. 250 Städten und Dörfern Aktionen mit einer Streikbeteiligung von 11.000 bis 12.000 ZDL!

Natürlich blieb auch die Repression an diesem 27. nicht aus; so wurde eine Info-Stand Gruppe in Oldenburg vom Verfassungsschutz gefilmt, in Wuppertal wurde eine Gruppe unter Androhung polizeilicher Gewalt am verteilen ihrer Flugblätter gehindert usw..

Das BAZ ließ es sich (UNS!) etwas kosten um gegen den Streik vorzugehen. Heiner, dem Geißler sein Rundbrief an alle ZDL und die "Sonderinformation 1/83" kommen mit Druck und Porto auf gute 20.000 DM, dazu kommt noch ein Heer von Regionalbetreuern und hohen Beamten aus Köln, die auf Deutschland-Tournee gingen und alle größeren Dienststellen besuchten. Spesen, Übernachtungskosten, Fahrtkosten usw. dieser grauen Herren können auf etwa (!) 700.000 DM veranschlagt werden.

Nur in wenigen Städten hat die Arbeit dieser Leute Früchte getragen, ganz andere Meldungen überwiegen:
- Schickt uns Infos über den Stand der Streikvorbereitungen, wußten bis heute noch nichts von Streik, aber das BAZ war so nett uns darüber zu informieren.

Die Einschüchterungen gingen von der Androhung von Arrest wegen Nötigung einer Dienststelle über Strafanträge, Disziplinarmaßnahmen bis zu Strafanträgen wegen unterlassener Hilfeleistung.....

Es bleibt festzuhalten, daß Streiken SPASS MACHT, und daß wohl alle aktiven ZDL das Gefühl bekommen haben, aus ihrer Ohnmacht gegenüber dem "Gesetzgeber" herausbrechen zu können.

Abkürzungen:
ZDL - Zivildienstleistender
KDV - Kriegsdienstverweigerer, Kriegsdienstverweigerung
BAZ - Bundesamt für den Zivildienst
SO - Selbstorganisation der ZDL

KONTAKT:
Selbstorg. d. ZDL
Hochstraße 56
6000 Frankfurt/M. 1

IN DEUTSCHLAND NICHTS NEUES

TEIL ZWO

Sie schreien "Feuer" und gießen zunehmend unverholener Benzin in die Flammen. In der Zeit ökonomischen Niedergangs und eines drohenden ökologischen und militärischen Kollaps haben Demagogen Hochkonjunktur. Sie wissen die Stimmung einzuheizen, Ängste und Agressionen auf Menschen zu lenken, die am allerwenigsten für diesen Zustand verantwortlich sind, sich am allerwenigsten gegen das Kainszeichen als Sündenböcke wehren können : AUSLÄNDER!

Ja,wir sind inzwischen über vier Millionen Ausländer.Wir sind überwiegend Arbeitnehmer und unsere Familien.Eine große Anzahl von uns will nicht mehr in die "Heimat" zurückkehren; und bestimmt nicht nur aus ökonomischen Gründen.Es ist richtig,daß diejenigen unter uns, die noch Kinder in der "Heimat" haben, diese hierher holen wollen.Es ist auch wahr,daß die Geburtenrate ausländischer Kinder über dem deutschen Durchschnitt liegt. Es wird wahrscheinlich so kommen, daß um die Jahrtausendwende, zumindest in den Großstädten, sich stabile und starke türkische und andere Minderheiten etabliert haben werden - wenn nicht vorher grobes Unrecht gegen uns geschieht.

Seit Jahren ertönen Rufe, die uns und unsere Familien in der deutschen Umwelt als unerwünscht oder gar gefährlich darstellen wollen.Woran liegt das?Sind die Deutschen vielleicht vermufft, provinziell, fremdenfeindlich oder gar rassistisch?Ich glaube von alldem etwas.Die Deutschen glauben nun,daß sie von den Ereignissen überannt worden sind.Sie sind ja gar nicht gefragt worden, ob sie die Ausländer wollen oder nicht. Na ja, und wir sind einfach mit allen Kontrollen von den deutschen Behörden verwaltet worden, jahrzehntelang.
Die Deutschen wissen natürlich,



Ausländerlager in Zirndorf: 33 000 Asylanträge in einem Jahr

daß wir ausschließlich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft hierher geholt wurden, und das ab 1960.Die Deutschen denken, eine starke germanische Führung hätte diese "Überschwemmung" verhindern können. Adenauer,Erhard,Kiesinger, Brandt,Schmidt und zu guter letzt der Kohl waren wohl nicht "Führer" genug.

Wir haben eine Reihe sozialpolitischer Forderungen an die Deutschen und an den deutschen Staat zu stellen, ihr Kern besteht darin, uns als Menschen anzuerkennen.Aber schon diese Forderung von uns scheint für die Deutschen eine seelische Überforderung und Verschleiß zu sein.
In dieser Industriegesellschaft des Westens, sind die Deutschen unfähig,sich unter dem Druck rapider Veränderungen, diesen gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen.Der Ruf nach Friede,Freude, Eierkuchen ohne die Ausländer, ohne uns, hat nach unserem Verständnis einen "endlösenden" Akzent.
Wenn die Deutschen denken, daß die Liberalität dieser Geselschaft von ihrer "Aufnahmekapazität", d.h. von unserer Anzahl, abhängt und diese Liberalität nur durch die Verringung der Ausländer erhalten werden kann, dann meinen wir, daß sich diese freiheitliche Grundordnung in eine rassistische Grundordnung verwandeln wird.
Die Deutschen haben Angst, den "Charakter der Bundesrepublik als ein Land deutscher Nation" relativieren zu müssen.Wenn aber die Deutschen mit dieser Relativierung beginnen würden, dann wäre dies ein guter Grundstein für die Zukunft der Bundesrepublik.
Wir wollen nicht, daß "Türkenwitze" blutiger Ernst werden.

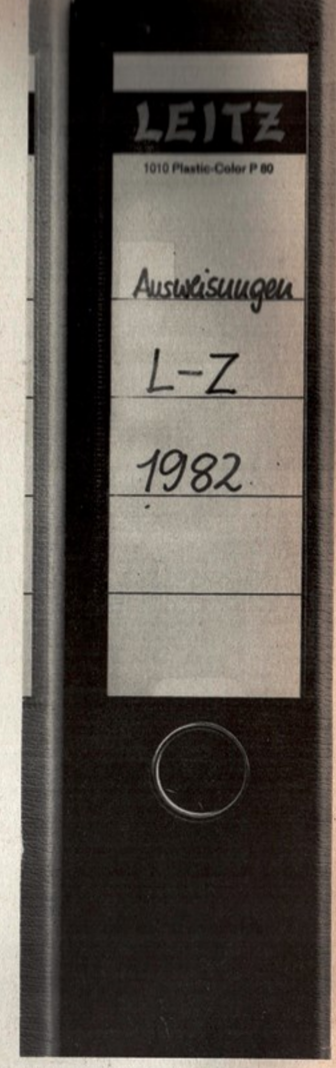
Für die kommenden Bundestagswahlen, am 6.März, wird es keine politische Partei geben, die die Forderung nach politischen Maßnahmen zur Eingliederung der Ausl nder stellt. Nicht einmal die Grünen.Denn alle Parteien sind sich in einer Sache einig: An die Integrationsfreudigkeit der Deutschen zu apellieren, heißt Wählerstimmen zu verlieren.Machtpolitik überlistet immer humanitäre Interessen.



Die Grünen müssen wissen, daß die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen der Ausländerpolitik zu sehr von der Priorität arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden sind, während die nicht minder gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten total vernachlässigt wurden.

Können die Grünen, Hoffnung vieler Ausländer, oder wie oder was, die soziale Verantwortung gegenüber von Menschen und ihren Kindern, die schon über eine beachtliche Zeitspanne in der Bundesrepublik leben und einst in der Mehrzahl gezielt angeworben wurden, politisch übernehmen?
Haben die Grünen keinen Bock darauf, die groteske Behandlung der Ausländer als eine Variable der jeweiligen Arbeitsmarktlage öffentlich zu diskutieren und dazu Stellung zu nehmen?
Wir wollen eine eine Integrationspolitik, die Aussicht auf Erfolg hat. Zur Zeit sind die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die einzigen die uns etwas beistehen. Nicht die Anarchisten.
Warum nicht eine politische Partei den für einen Froschteich den Kopf hinhält? Wir können nicht quaken, aber Deutsch haben wir schon gelernt. Sogar so gut, daß einige von uns Grundgesetz und Ausländergesetz gelesen uns sehr wohl begriffen haben.

Innenminister Zimmermann und seine Ministerialbeamten machen aus diesem Grundgesetz eine lächerliche Broschüre, wenn sie die Familie so "schützen" wollen, indem sie die Eltern von ihren Kindern trennen. Sie meinen die "armen Türkenkinder" könnten sich ab einem bestimmten Alter nicht mehr integrieren, drum wäre es besser für sie sie nicht zu ihren Eltern in die BRD zu lassen. Warum schützt das Innenministerium japanische, amerikanische, englische Kinder anders als türkische Kinder?
Fürwahr: vermufft, provinziell, fremdenfeindlich und rassistisch!!
Das Grundgesetz erweist sich als eine gute Lektüre, um Ausländerfeindlichkeit zu begründen. So auch des Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes; für ihn ist die Integration der Ausländer nicht mit dem Grundgesetz vereinbar,



denn "das Profil der deutschen Nation" wird sich mit der Integration "ethnisch fremder Ausländer" verändern. Und "als Teil eines gespaltenen Landes ist die Bundesrepublik verfassungsrechtlich verpflichtet, sich von dem anderen Deutschland nicht unumkehrbar fortzuentwickeln".
Na dann meine Herren: Raus mit den Türken - Rein in die DDR!
In den Ballungsgebieten, wo Deutsche und Ausländer in enger täglicher Lebensgemeinschaft aufeinandertreffen, gibt es besorgniserregende

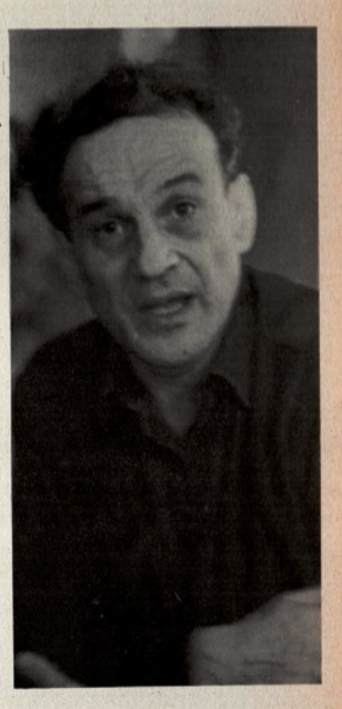
Phänomene von Ausländerfeindlichkeit, die schon pathologische Formen des Hasses anzunehmen beginnen. Schüsse sind schon gefallen und tote Ausländer sind zu beklagen. Die politisch Verantwortlichen schweigen dazu.

Ist es denn so schwer diese "völkische" Hartnäckigkeit mit ihren faschistoiden Tendenzen anzuprangern und zu denunzieren? Wahrscheinlich ja. Denn Ottonormalverbraucher ist sehr träge in seiner Entwicklungsfähigkeit. Die Lernprozesse die nicht verordnet werden, kommen nicht in Gang. Daher ist es sehr dringend, geistige und politische Grundlagen zu schaffen, die eine humanitär gesonnene Gesellschaft entwickeln können.
Wenn schon die Christen nicht christlich handeln, Liberale nicht liberal, Sozialdemokraten unsozial, dann müssen die Grünen eine Menschenrechts- und Integrationspolitik in ihren politischen und sozialen Zielen einreihen.- und nicht nur die Grünen.
Als Anarchist würde ich nicht wählen, als Ausländer doch. Aber als Ausländer darf ich nicht wählen. Vielleicht wählt ein deutscher Anarchist für mich die Grünen?!
Schön wär's...

Lafoca

ein Gespräch

Bei einer Polen-Veranstaltung im letzten Jahr haben wir Aschu u.a. über Selbstverwaltung und Selbstorganisation reden gehört. Dies weckte bei uns das Interesse an einem Gespräch mit ihm.
Für alle, die nicht wissen um wen es sich hier handelt:
- Alexander Schubart, einer der Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft "Volksbegehren - Volksentscheid, Keine Startbahn West", ehemals Magistratsdirektor(!) in der Abteilung Bauplanung in Ffm.... .
Seit der Flughafenblockade im letzten Jahr läuft gegen ihn ein Verfahren wegen "Nötigung eines Verfassungsorgans" und "schweren Landfriedensbruchs" vor dem Staatsschutzsenat in Ffm. In der ersten Instanz wurde das Urteil "zwei Jahre auf Bewährung" gefällt, was seine Kündigung bei der Stadt zur Folge hatte. Die Kosten des Verfahrens, in erster und zweiter Instanz, werden bisher auf ca. 130.000 DM geschätzt. Daher geben wir das, von der Bunten Hilfe, eingerichtete Konto bekannt:
Karin Gässler, Glauburgstr. 37, 6 Ffm, PschA Ffm
Kontonummer 3625-45 608, "Aschu".



Aktion:
Der Sinn unserer Fragen ist nicht, mit dir etwas ähnliches zu betreiben, wie es in bestimmten Zeitschriften mit sogenannten VIP's geschieht, sondern einen bestimmten Wandel, oder eine Entwicklung aufgrund von konkreten Geschehnissen aufzuzeigen. Was für ein Wandel des Bewußtseins hat sich in den letzten Jahren bei dir vollzogen und warum?

Aschu:
Was den Startbann West - Konflikt angeht, so möchte ich, was meine Person anbelangt, nicht sagen, daß er eine Veränderung meines politischen Bewustseins gebracht hätte. Wir sind von Anfang an in diesen Konflikt hineingegangen, mit dem Bewußtsein, daß wir es mit einer sehr rigiden Staatsmacht zu tun haben, und die Frage, ob wir in diesem Kampf gewinnen können oder unterliegen werden kann man am Anfang dieses Kampfes nicht sicher beantworten. Ich bin also immer davon ausgegangen, daß wir unterliegen könnten. Was wichtig war, war eben die Entwicklung dieses Konzepts vom gewaltfreien Wiederstand, das von Anfang an, und für mich auch heute noch, ein gültiges Konzept ist. Was einmal von dem Prinzip ausgeht, von sich aus keine Gewalt anzuwenden, aber der Umweltzerstörung und der Gewalt des Staates nicht wiederstandslos und tatenlos zuzusehen.

Aktion:
Gut, wir müßten dann im Zusammenhang mit der ersten Frage auch noch mehr auf persönliches eingehen: Wir dachten uns, daß wenn eine Veränderung des Bewußtseins in den letzten Jahren noch weiter stattfand, was wir vorausgesetzt hatten, wäre es interessant zu wissen, inwieweit sich dieser Wandel auf dein Verhältnis zur Familie oder zu deinen Freunden oder zu deinen früheren Freunden ausgewirkt hat.

Aschu:
Weder zu meiner Familie noch zu meinen persönlichen Freunden hat sich in den letzten Jahren eine Veränderung ergeben. Das möchte ich also glatt verneinen. Die Auseinandersetzung ist zwar sehr hart und anstrengend gewesen, vor allem das, was sich im Zusammenhang mit diesem Prozeß gegen mich ereignet hat. Es hat schon Diskussionen gegeben auch im Familienkreis, aber keine Veränderung der Verhältnisse.

Aktion:
Man hat dich also auch mit den ganzen Problemen voll akzeptiert?

Aschu:
Das muß ich voll und ganz bejahen. Man kann vielleicht dazu sagen, daß es am Arbeitsplatz Kollegen gibt, die jetzt mir gegenüber vorsichtiger sind,als sie es vorher waren. Sie wissen ja nicht, wie der Prozeß ausgeht und bangen um ihre eigene Stellung - wo doch heute so viele entlassen wer-

den, Stellen gekürzt werden, so daß man sich zusätzlichen Schwierigkeiten nicht aussetzen will, so daß manche auf Tauchstation gehen, nicht das sie mir Böses wollten, aber "dem Schubart gegenüber halte ich mich etwas zurück, man weiß nicht wie es angesehen würde, wenn es da engeren Kontakt gäbe". Das kann ich von Kollegen am Arbeitsplatz berichten.

Aktion:
In diesem Zusammenhang hätten wir gerne von dir gehört, wie du die Veränderung des Bewußtseins, beziehungsweise des Verhältnisses der Leute, die du kennst, zum Staat und zu den Parteien einschätzen würdest; hat es sich sehr verändert?

Aschu:
Ja, also ganz sicher, da gibt es ja nun wirklich handfeste Belege. Ich bräuchte da eigentlich nur so ein Tonband von der Pressekonferenz abzuspielen, die wir nach diesem Giftgas-, Blut- und Knüppelsonntag am 11. Oktober als Bürgerinitiative gemacht haben. Wo viele Bürger, die man so im Sinne der ehemaligen Innenministers Gries als Vorzeigebürger bezeichnen würde, gesagt haben, daß in der Tat die Auseinandersetzung an der Startbahn West und um die Startbahn West eine Horrende Wandlung ihres Bewustseins dem Staat gegenüber hervorgerufen hat.
Ein Beispiel, typisch für Leute, die sagen, also früher wären sie selber mit im Kreise dieser "Antiterroristenhysterie" gewesen und hätten alle Terroristen auf den tiefsten Grund des Meeresboden gewünscht. Und heute hatte eine dieser Frauen erklärt, würde sie dem nächstbesten sofort Unterschlupf gewähren, könnte heute ihr Verhältnis zum Staat viel besser nachvollziehen, als sie es noch vor Jahren Gekonnt hat. Das scheint mir also bei der betroffenen Bevölkerung typisch zu sein. Es hat sich dort ein Syndrom gezeigt, wo bittere Enttäuschung in totale Ablehnung dem Staat gegenüber umgeschlagen ist. Das hat sich ja auch in äußeren Verhaltensweisen gezeigt: Die Leute, die ohne weiteres eingestehen, daß sie, wenn sie mal plötzlich in Zorn sind, sich selbst da draussen, bei Handlungsweisen, gewalttätigen Handlungsweisen, erblicken, die sie sich selbst früher nicht zugetraut hätten.

Aktion:
Was hälst du von den neuen Praktiken der Anklagebehörden, die inzwischen in der ganzen BRD praktiziert werden, den willkürlich abgegriffenen Leuten bei Demos Wahnsinnsrechnungen zu präsentieren, die die Schäden bzw. die Prügel- und Pausezeiten der Polizei begleichen sollen ?
(Angefangene Einsatzstunden für einen Bullen kostet ca. 36 Mark (?))

Aschu:
Also man kann von diesen Praktiken nur sagen, daß sie, was auch immer sie darstellen sollen, einen horrenden Eingriff in das Demonstrationsrecht darstellen, daß sie eine abschreckende Wirkung für alle haben sollen, die beabsichtigen, entweder jetzt oder in Zukunft sich an Demonstrationen zu beteiligen. Diese Praxis soll zeigen: "Seht Leute, eure Beteiligung an Demonstrationen kann sehr gefährlich sein, wir können euch Rechnungen aufmachen, wovon ihr euer ganzes zukünftiges Leben existenzbedrohend betroffen sein werdet". Die Wirkung ist also eine abschreckende. So will man eben erreichen, daß die sogenannnten Vorzeigebürger, also diese Massendemonstration, also sehr viele Menschen, wie wir es bei der Startbahen erlebt haben, nicht mehr rauskommen, sondern das sich die Demonstrationen nur noch auf einen harten Kern ohnehin entschossener Demonstranten reduziert, mit der die Polizei glaubt, erheblich besser fertig zu werden, als wenn sie diesen massenhaften Umfang annimmt. Das ist zweifellos mit dieser neuen Praxis gemeint. In Baden Würtemberg ist das ja so ausgeartet, daß die da ja schon einen regelrechten Kodex von einer Gebührenordnung aufgestellt haben, was sie einem da alles in Rechnung stellen wollen.

Aktion:
Inwieweit hättest du als Jurist solche Einschränkungen des Grundrechtes für rechtens?

Aschu:
Ich halte sie für ganz und gar unzulässig und verfassungswidrig. Nur, daß ich sie dafür halte, macht die Sache nicht zu einer obsoleten Sache, die praktizieren das einfach. Das sieht man ja, ohne Rücksicht auf Grundgesetz und garantierter Demonstrationsfreiheit.

Aktion:
Jetzt möchte ich etwas zu deinem Prozeß fragen: Was macht eigentlich aus deinem Prozeß, der gegenwärtig gegen dich geführt wird, einen Präzedenzfall und wie könnte sich sein Ausgang auf andere, und nicht nur Startbahnprozesse, auswirken?

Aschu:
Also ganz erheblich, denn es ist das erste Mal, das eine Anklagebehörde aufgrund dieses Tatbestandes "Nötigung eines Verfassungsorganes", wegen Ankündigung oder Aufrufs zu einer Demonstration anklagt.
Die Funktion ist auch hier wieder - das hat übrigens der Ankläger in seinem Schlußplädoyer sehr deutlich und ernsthaft eingeräumt - das hier zum ersten Mal, aber künftig verstärkt, von diesem Paragraphen 105 Gebrauch gemacht wird. Und er hat wörtlich gesagt: "Künftig weht ein schärferer Wind".
Damit ist also ganz deutlich die Absicht umschrieben, von Seiten der Staatsmacht hier Pflöcke einzurammen, gegenüber sozialen Bewegungen, gegen die Gesamtheit der Kämpfe die da stattfinden im Ökologiesektor, im Friedenssektor, von Frauen und anderen. Die Staatsmacht will diesen sozialen Bewegungen sagen, "bis hierher und nicht weiter - und jetzt Leute wird die Sache gefährlicher als bisher jetzt hört der Spaß auf".

Aktion:
Wie denkst du könnte sich für andere Leute dann diese Anklage durchsetzen, gerade in Bezug auf die Nötigung von Verfassungsorganen. Wie wäre es dann in der Praxis?

Aschu:
Ja, in der Praxis könnte jede Demonstration die zu irgendwelchen Blockaden führt und die einen gewissen Druck auf eine Regierung erreichen will, das ist ja etwa bei der Frage Stationierung der Mittelstrekkenraketen nicht anders als an der Startbahn West, als Nötigung eines Verfassungsorgans ausgelegt werden.

Aktion:
Soweit ich mich erinnern kann, hast du dich für ein Gesetz eingesetzt, daß den angeklagten Startbahngegnern, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, eine Straftat begangen haben sollen, Straffreiheit zugesagt und nicht für Amnestie. Wie ist es dann mit Leuten die nach dem, in so einem Gesetz genannten Datum, angeklagt würden?

Aschu:
Natürlich, die fallen wieder voll unter das Gesetz. Das ist überhaupt nicht zu verhindern, denn ein Amnestiegesetz muß ein Anfang und ein Ende haben.

Aktion:
Also geht es um ein Amnestiegesetz?

Aschu:
Um ein zeitlich begrenztes Amnestiegesetz, etwa nach dem Vorbild des Straffreiheitsgesetzes von 1970 wo ein Anfangs- und ein Enddatum genannt worden sind, das kann zum Bsp. das Inkrafttreten des Gesetzes sein. Das heißt bis dahin werden also generell alle Straftaten in Zusammenhang mit der Demonstration gegen die Startbahn West oder wie immer das definiert wurde, unter Straffreiheit gestellt. Für ein solches Gestz wäre schon, denn ihr müßt ja sehen ohne dieses Gesetz würden alle bestraft werden.

Aktion:
Wir denken, daß der Staat sich auf so etwas vorbereiten muß - natürlich in seinem Interesse. In diesem Zusammenhang ist zu sehen wie der Staat testet, wie er bestimmte Unruhen unter Kontrolle bringen kann, so z.B. bei den Massenverhaftungen in Nürnberg, oder bei der Vorgehensweise des Staates auf der Startbahn West gegen seine Bürger usw.
Was hälst du von diesen Sachen die wir als Tests bezeichnen?

Aschu:
Das halte ich für eine sehr realistische Einschätzung. Dazu gehört übrigens auch mein Prozeß hier. Ganz klar, diese Einführung diese bisher toten, verstaubten Tatbestandes der Nötigung von Verfassungsorganen. Aber auch so das generell schärfere und willkürliche Zugreifen, z.Bsp. im KOMM in Nürnberg. Auch vor allen Dingen diese neuen Praktiken der Überwachung, über die in dieser Woche im Spiegel berichtet wird, die ja ausbaufähig sind. Das ist ja ganz deutlich die Tendenz eines generellen Überwachungsstaats, der gegen alles und jeden, gerade gegenüber aufsässigen Minderheiten eingreift. Hier findet eine verschärfte Überwachung im Vorfeld statt, um sie besser kriminalisieren zu können. Das halten wir in der Tat für die augenblickliche Strategie. Auch die ungeheuerliche Kriminalisierungswelle, die gegen die Startbahn West Bewegung läuft. Wenn man sich vorstellt, das etwa tausend Verfahren gegen Startbahngegner laufen, das heißt so 1.500, 1.800 Betroffene, niemand weiß es genau, wenn man sich vorstellt, einen riesig großen Saal würden die füllen, wenn man die alle Mal zusammen sehen würde, die in der einen oder anderen Weise Betroffene von Verfahren in Sachen Startbahn-West sind. Das zeigt, daß in der Tat die Staatsgewalt nicht etwa nur noch beim Testen ist, sondern unmittelbar dabei ist, hier schärfer zu überwachen und stärker zuzuschlagen.

Aktion:
Meinst du mit Überwachung auch die Straßenverkehrsüberwachung mit Kameras?

Aschu:
Ja, ja, die hast du ja heute überall. Die TAZ hat's ja berichtet, die kannst Du ja heute ohne weiteres am Knopfloch mitführen. Wo Sender und ... alles optisch, aus einem ganzen Saal Gesichter aufnehmen, sogar Vermummte in ihren Bewegungen optisch erfaßbar sind. Das ist nur ein kleiner Vorgeschmack, was der SPIEGEL da berichtet hat, daß man auf den Straßen überwacht ... das läßt sich ohneweiteres auch in geschlossenen Räumen durchführen. Diese Überwachungspraktiken von allem und jedem, Du weißt ja nicht mehr heute ....

Aktion:
Big Brother is watching you!

Aschu:
...is watching you, all where ... wo immer Du dich aufhältst, steht er und beobachtet dich. Daß wir diesem Zustand nicht nur erst näher kommen, sondern unmittelbar erleben, ist klar.

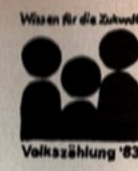
Aktion:
Auf einer Kundgebung zur Lage in Polen hast du in deinem Beitrag von Selbstverwaltung geredet. Dies war eigentlich der Grund, warum wir ein Gespräch mit dir führen wollten. Vielleicht könntest du nochmal auf deine Vorstellungen von Selbstverwaltung und Selbstbestimmung und dem Kampf darum, in Ost u. West eingehen?

Aschu:
Ja, in der Tat halte ich diese Prinzipien von Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Selbstbestimmung für die tragenden Prinzipien von menschlichem Zusammenleben überhaupt. Nicht nur auf einen bestimmten Bereich bezogen, sondern in allen Bereichen. Sie sind bewußt im Gegensatz zu den herrschenden Prinzipien von Fremdbestimmung aufgebaut. Unser heutiges System beruht ja auf der Grundlage, daß ganz wenige Vertreter in Parlament, Regierung und Gerichten bestimmen, was viele, zuweilen alle betrifft; während die Menschen selbst, die davon betroffen sind, von dieser Art des fremdbestimmten Politikmachens so gut wie vollkommen ausgeschlossen sind Sie sind nicht Subjekte, sondern nur Objekte des Geschehens. Das ist für mich eine total abzulehnende Art, wie über Menschen bestimmt wird, wenn man von der Vorstellung ausgeht, daß der Mensch eine nicht zu reduzierende Größe ist, der über sich selbst zu bestimmen hat und daß dies niemand anderes zu tun hat. Daß es allerdings Notwendigkeiten gibt, das Zusammenleben von Menschen zu regeln, ist klar, nur müssen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung die obersten Prinzipien dabei sein. Das muß im Arbeits bereich ebenso sein wie im Wohnbereich. Da darf kein Politiker herkommen und sagen, es gäbe übergeordnete Gründe.

Fortsetzung auf S.24

Volkszählung 1983:

»Politiker fragen — Bürger antworten nicht!«



Aufruf zum Volkszählungsboykott

"Und es begab sich zu der Zeit, daß ein Gebot von den Vereinten Nationen ausging, daß alle Welt geschätzt würde".

Es ist so weit!
Wir dürfen "Papi Staat" endlich mal wieder etwas von uns erzählen! Und er ist ja so interessiert an uns und unseren Lebensumständen! So richtig intim wird er, alles will er wissen, denn nur dann kann er uns helfen, sagt er.
Lassen wir uns nichts vormachen, "Papi" will uns nur aushorchen!!

Im April dieses Jahres soll wieder eine Volkszählung stattfinden. 600 000 Zähler werden bis zum 27.4. bundesweit Fragebögen verteilen oder sie mit den Betroffenen zusammen ausfüllen. Viel wollen sie wissen:
wie wir heißen,
wo und wie wir wohnen,
ob wir eine Zweitwohnung besitzen,
wo wir gemeldet sind,
unsere Telefonnummer,
unsere Miete
ob und womit wir unser Geld verdienen, bzw. wovon wir leben,
welche Schul- und Ausbildung wir haben
wo wir arbeiten, bzw. zur Schule gehen,
wie wir dorthinkommen,
usw. usw.
An die 500 Mill. soll der ganze Spaß kosten. Noch werden freiwillige Zähler gesucht oder Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst vepflichtet, aber jeder "gute Bürger" dieses Staates kann laut Bundesgesetzblatt unter Androhung von Strafe zum Zähler verpflichtet werden. Allerdings sollen sie eine "Entschädigung" bekommen. Und geschult werden sie auch, damit nichts schief geht.

Zitat Statistisches Bundesamt: "Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählungen sollen Angaben über den neuesten Stand der Bevölkerung, ihre räumliche Verteilung und ihre Zusammensetzung nach demographischen und sozialen Merkmalen, sowie über ihre wirtschaftliche Betätigung, ferner über die quantitative und qualitative Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum liefern."



Ginge es wirklich nur um diese Erhebungen, wozu dann die Angabe von Namen, Adressen, Telefonnummern, Geburtsdaten usw.? Und warum dann eine Volksbefragung? Die Daten, die für statistische Erhebungen dieser Art benötigt würden, sind heute schon in Einwohnermelde-, Kataster-Grundbuch- und sonstigen Ämtern vorhanden und bräuchten nur abgerufen zu werden.
Aber es geht ja um mehr. Diese Befragungsbögen bieten ausgefüllt für alle möglichen Ämter und Behörden einen umfassenden Überblick über jede/n Bürger/in, die Lebensweisen und -zusammenhänge (Wohngemeinschaft "wilde Ehe", Zweitwohnungen usw.), das Einkommen (welcher Art ist es, wird es ordnungsgemäß versteuert, ist er/sie ein staatsschädigender Schmarotzer?) usw.
Die "Staatsschützer" werden ihre Freude an den neuen Erkenntnissen haben und ihre Schnüffellisten auffrischen.
Das Finanzamt kommt dem kleinsten Steuerbetrüger auf die Schliche, der im letzten Jahr einfach "vergessen" hat, seinen Nebenverdienst anzugeben.
Die Ausländerpolizei sammelt auf bequemste Art neue, umfassende Informationen, die sie im passenden Moment gegen mißliebige Ausländer einsetzen können.
Und da das Statistische Bundesamt auch sehr freigiebig mit seinen Daten ist (Namen bekommt man keine, aber die Telefonnummern der erfaßten Personen!), bietet die Volksverarschung, Pardon, -befragung, auch Firmen, Privatpersonen und allen anderen Interessierten gewinnbringenden Einblick in die Daten Einzelner oder bestimmter Zielgruppen. Z.B. dem Versicherungsvertreter, der sich die Telefonnummern von potentiellen Kunden besorgen kann oder dem Firmenbesitzer, der seinen Betrieb verlegen oder erweitern will und anhand der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzstatistiken den für ihn günstigsten Standort herausbekommt. Auch Großprojekte können mit den neuen Erkenntnissen besser vorbereitet werden. Wo ist der geringste Widerstand zu erwarten? Wohnungsspekulanten und Baugesellschaften können über die Gebiete, in denen sie Wohnungen besitzen, Mietstatistiken anfordern und ihre Mieten anpassen (was wohl kaum eine Verringerung der Mieten bedeutet).

Volkszählung aushorchung

Computer beherrschen das Land!

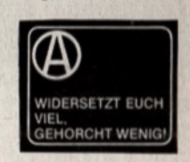
..Bürger Nr.7654YX antwortet nicht mehr

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, daß wirdurch die Volkszählung nur n o c h überschaubarer, n o c h manipulierbarer, n o c h besser verplanbar werden.
Und an das hohle Wort vom "Datenschutz" glaubt doch auch keiner mehr. Die "Datenschutzbeauftragten" sind nur machtlose Feigenblätter des Computerstaates, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mehr nicht.

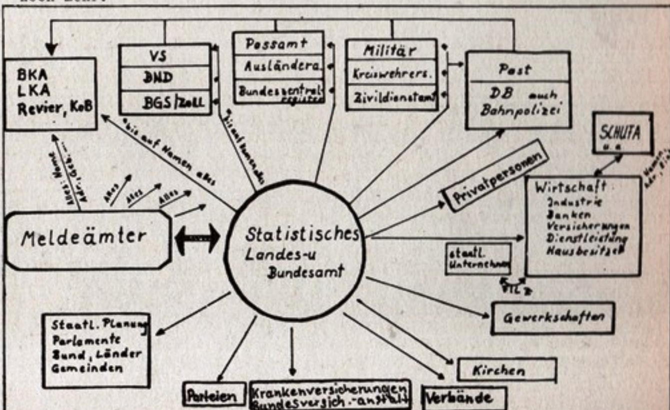
Was macht mensch gegen soviel Neugier?
Einfach nur angeben, was und wie man will? Da hat der Staat vorgesorgt, die Zähler sind verpflichtet, die Daten zu überprüfen und können die Fragebögen auch selbst ausfüllen. Und durch die vorhergegangene Wohn- und Arbeitsstättenzählung lassen sich falsche Angaben überprüfen.
Es nützt auch nichts, einfach "nicht da" zu sein. Die Ausfrager kommen so lange, bis sie jemanden antreffen.
Also fährt man doch im April in Urlaub! Geht auch nicht, es finden Nachbefragungen statt.

Die einzige wirksame Möglichkeit ist der Boykott, die totale Verweigerung jeglicher Angaben.
In den Niederlanden führte ein solcher Boykott (laut TAZ v. 26.1.83 30 000 öffentliche und viele heimliche Verweigerer) 1971 zum Scheitern der Volkszählung. Die nächste Volkszählung wurde daraufhin von der holländischen Regierung abgelehnt.
Laut Bundesgesetzblatt Nr. 13 § 5 sind allerdings alle volljährigen Personen verpflichtet, alle Fragen zu beantworten. Eine Verweigerung ist eine Ordnungswidrigkeit, die Geldstrafen von 5 DM - 10 000 DM oder Erzwingungshaft nach sich ziehen kann.
Trotzdem sollten jetzt nicht alle gleich die Konsequenzen daraus ziehen, daß man halt mitmachen muß.
In etlichen Städten gibt es schon Gruppen, die sich sich mit den Möglichkeiten eines Boykotts beschäftigen, es werden hoffentlich auch noch mehr.

Je mehr Leute den Mut haben, einzeln oder in Gruppen öffentlich zu verweigern, desto geringer wird das Risiko für den Einzelnen und desto größer die Chance, mit dem Boykott wirklich diese ganze Bespitzelung zu sabotieren.
Versuchen wir, das zu erreichen, was die Holländer geschafft haben: Massive Verweigerung gegenüber dem Computerstaat.
Abschaffung der Volkszählung.



In Hanau ist ein Rhein/Main Koordinationstreffen für Gruppen und Einzelpersonen geplant, die sich mit den praktischen Möglichkeiten und Folgen des Boykotts beschäftigen wollen.
Kontakt: Ruth 06181/26522
Elke " /82719



Torte mit Salz



Ein Gespenst geht um in Deutschland, die GRÜNEN. Nicht nur bei den Mächtigen, auch bei uns den Anarchisten. Je blasser der jungdynamische Parlamentsnachwuchs, vor lauter Hände heben und senken, wird, desto sicherer sind ihnen die Prozente bei den Wahlen.
Die "Linken" haben wieder etwas zum festhalten. Sie machen ein Kreuz und denken wie Otto Arsch, welch wundersamen Einfluß sie auf das Geschehen Land hätten. Soll ich wirklich fragen, <u>was</u> die GRÜNEN (ich werd's bald im Gesicht) in den verschiedenen Landesparlamenten erreicht haben?
Wo ist in Hessen die Startbahn West wiederaufgeforstet, wo ist die Hafenerweiterung in Hamburg gestoppt?
Aber klar... alles ist sehr differenziert zu sehen..., große Probleme... (Siehe Geschichte der SPD).

Die Menschen beurteilen die diversen politischen Gruppen sehr stark nach der realisierbarkeit ihrer Vorstellungen, d.h. "wo und wie <u>merke</u> ich etwas davon?"
Bei den GRÜNEN merkt man zwar nichts, dafür hört man wenigstens ab und an etwas von ihnen in der Tagesschau. Von uns Anarchisten, allenfalls bei Demos mit vielen Schaufenstern oder wenn "Schwarze Blöcke" durch die Straßen ziehen. Dabei wurden von uns gerade "spürbare" Vorschläge gemacht. Vieleicht wird sich jetzt, in einer Situation, wo Bafög und Sozialhilfe keinen Schlupfwinkel mehr bieten, der eine oder andere überlegen, ob er lieber wählen gehen - oder die Ursachen des Übels, die Lohnarbeit und die Herrschaft von Menschen über Menschen, bekämpfen will. Unsere (eure) politischen Selbstbefriedigungszirkel haben langsam wirklich nur noch diesen einen Sinn.
Jammern über die bösen Verhältnisse nützt nichts, genausowenig wie die Wahl von "progressiven" Karrieristen und Apo-Opas.
Ob irgendwo jemand sein,mit lila (!) Natur-(!) Nagellack, bemaltes Händchen erhebt, merke ich, besonders an meinem Arbeitsplatz, nicht!
Aber auch das Lesen davon in der Zeitung, baut mich nicht gerade auf - ganz anders wäre es da, wenn eine 'Schwarze Zelle Mac Domnalds' die Fritten mit Zucker gewürzt hätte, oder wenn böse Autoarbeiter zB. eine Tagesproduktion Benze ohne Kurbelwellen produziert hätten.............

Damit ist jetzt auch klar, wo ich die entscheidenden Ansatzpunkte (Torte mit Salz, köstlich) sehe: im Produktionsbereich, und leider nur da!

Eine anarchistische Gewerkschaft, auch wenn sie lange klein bleiben sollte, bietet uns Möglichkeiten zu kämpfen- und, was wir wohl alle brauchen, ERFOLGE zu sehen. Eine anarchistische Gewerkschaft ist nicht alles, aber sie bietet <u>uns</u> die Chance in <u>unserem</u> Lebensbereich, wovon 8 Std. Arbeit ein wesentlicher Teil sind, nicht so jämmerlich und allein dazustehen, wie wir es jetzt tun. Dazu brauchen wir keine "Stellvertreter".
Gerade jetzt:
Eine anarchistische Gewerkschaft ist nicht alles, aber ohne sie? Seht euch doch mal um!

* * *

Für eine autonome Gewerkschaftspolitik

Mann der Arbeit aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Der Anarcho-Syndikalismus war und ist in seiner Geschichte, seiner Praxis und seinen Prinzipien immer eng verbunden (gewesen) mit dem Streben nach gewerkschaftlicher Einheit, nach e i n e r großen revolutionären Kampforganisation in jedem Land. Als Anarcho-Syndikalisten verstanden und verstehen wir gewerkschaftliche Einheit jedoch immer nur als Einheit i m K a m p f gegen jedes ungerechte System, gegen jede Art von Unterdrückung und Ausbeutung. Eine bloße "Einheit" der Mitgliedsbücher und Karteileichen lehnen wir ab !

"Einheit" so verstanden bedeutet aber, daß die DGB-Gewerkschaften überhaupt keine Einheitsgewerkschaften waren und sind. Sie sind vielmehr - und das in zunehmendem Maße -

- sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, aus denen radikale Kolleg(inn)en rausfliegen; sei es, weil sie bestimmten Organisationen oder Parteien angehören; sei es, weil sie z.B. bei Streiks durch militantes Verhalten "unangenehm" aufgefallen sind;

- in das "Modell Deutschland" integriert. An erster Stelle stehen nicht die Interessen der arbeitenden Menschen (also die ihrer eigenen Mitglieder), sondern das jeweils "politisch Machbare". Die Grenzen dessen, was dann im Rahmen des Systems "machbar" ist, werden von den Kapitalisten und Regierungen auf vielfältige Weise gesteckt. Manche mögen diese gewerkschaftliche Zahmheit, dieses Sich-verstecken hinter sogenannten "Sachzwängen" als verdienstvoll und weitsichtig bezeichnen - wir nennen es Verrat. Denn die Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung werden hintenangestellt zugunsten der Profite und der Ruhe und Ordnung im Land;

- Die Gewerkschaften sind darum bemüht, Konflikte möglichst im Vorfeld und auf höchster Ebene (sozusagen staatsmännisch) mit ihren 'Sozialpartnern' zu lösen. Kommt es dann doch zu Streiks und/oder Aussperrungen, bemühen sich die Spitzenfunktionäre emsig darum, daß bei ihrem rituellen Kräftemessen jede Eskalation vermieden wird. Die Gewerkschaften wachen argwöhnisch darüber, daß ihnen Arbeitskämpfe von der Basis nicht aus der Hand gerissen werden, sondern daß der einzelne Arbeiter die strengen Regieanweisungen aus den Gewerkschaftszentralen strikt befolgt. Und diese Anweisungen orientieren sich im Sinne der "Sozialpartnerschaft" allein an der bestehenden Eigentumsordnung, den geltenden Gesetzen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Disziplin. In derartig geführten "Kämpfen" spielen wir als die eigentlich B e t r o f f e n e n lediglich Statistenrollen !

Was wir angesichts eines solchen Gewerkschaftsapparates brauchen, ist eine a u t o n o m e , d.h. eine selbständige, unabhängige und eigengesetzliche Gewerkschaftsbewegung:

- selbständig, weil die Mitglieder ihre Kämpfe an der Basis selbst organisieren und durchführen müssen, ohne Bevormundung durch Berufsfunktionäre, für die in einer autonomen Gewerkschaft kein Platz ist;

- unabhängig, weil sich die Forderungen einer klassenkämpferischen Gewerkschaft nicht nach Politikern, Kapitalisten, Wissenschaftlern und sogenannten Sachzwängen richten, sondern einzig und allein nach den e i g e n e n Z i e l e n ;

- eigengesetzlich, weil sie sich in ihren Kampfformen nicht durch Gesetze und verlogene Märchen von Sozialpartnerschaft leiten läßt, sondern allein von der Frage nach dem größtmöglichen Erfolg.

Die DGB-Gewerkschaften, so wie sie sich uns darstellen, zu klassenkämpferischen Organisationen der oben beschriebenen Art machen zu wollen, halten wir für eine Illusion. Dies gilt umso mehr, wenn Linke innerhalb der Gewerkschaften aktive Basisarbeit mit der Erringung von Funktionen und Pöstchen verwechseln. Trauriges Beispiel hierfür sind die Bemühungen zahlreicher linker Gruppierungen, alle drei Jahre einen Betriebsratsposten zu "erobern". Aber genau daran läßt sich eine wirkungsvolle Basisarbeit eben nicht festmachen. Denn als linker Betriebsrat rennt man sich entweder an den bestehenden Gesetzen (Schweigepflicht, besonderes Vertrauensverhältnis zum Unternehmer, Friedenspflicht etc.) und an rechten Betriebsrats"kollegen" in Fraktionskämpfen den Schädel ein oder man glei-

tet (teils aus Resignation, teils aus Bequemlichkeit) letztlich auch wieder auf eine Stellvertreterebene ab und stärkt damit den bürokratischen Gewerkschaftsapparat.

Wir wollen jedoch nichts f ü r andere Kolleg(inn)en tun, sondern nur mit ihnen z u s a m m e n ! Und alleiniger Ort für diese Zusammenarbeit ist die betrieb liche wie außerbetrieb liche B a s i s . Die für diese betriebliche Basisarbeit notwendige Organisationsform sehen wir z.B. in autonomen Betriebsgruppen, in denen im Gegensatz zu den DGB-"Einheits"gewerkschaften alle kämpferischen Kolleg(inn)en mitarbeiten können, egal ob und wenn ja in welcher Organisation sie sonst noch sein mögen. Allein auf dieser Ebene kann es heute überhaupt noch möglich sein, andere Kolleg(inn)en wieder zu eigenständigem Handeln, zu selbstbestimmten Aktionen zu motivieren - und zwar in dem man durch das eigene p r a k t i s c h e Beispiel vorangeht, und nicht durch Schwätzereien, Kungeleien und Intri gen in irgendwelchen Gremien.

Diese hier nur kurz skizzierten Lernschritte, die wir alle ständig aufs neue anhand der praktischen Ergebnisse überprüfen müssen, sind jedenfalls i n n e r h a l b der zentralistischen und autoritär aufgebauten DGB-Gewerkschaften unmöglich. Denn wie soll sich unter den Mitgliedern die Fähigkeit zu selbständigem Handeln ausbreiten, wenn man ständig von Disziplinierungen und Ausschlüssen bedroht ist; wenn der größte Teil der gewerkschaftlichen Entscheidungsbildung und -gewalt schlicht und einfach an der Basis v o r b e i g e h t ? Bestes Beispiel hierfür ist ja wohl die Tarifpolitik, die so aussieht, daß die meisten Mitglieder erst durch Fernsehen oder Zeitung erfahren, wieviel sie diesmal fordern. Auf diese Weise werden mehr oder weniger alle Ansätze für eine basisorientierte Gewerkschaftspolitik über kurz oder lang kaputtgemacht oder durch geschickte Kanalisierung unwirksam gemacht. Daher ist es notwendig, sich auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften als Anarcho-Syndikalisten zu organisieren. Denn es kann nicht Sinn unserer Arbeit sein, sich im Streben nach Veränderungen in Reibereien und ermüdenden Auseinandersetzungen mit einem Apparat zu verlieren und darüber die e i g e n t l i c h e A r b e i t notwendigerweise zu vernachlässigen! Wir sind der Meinung, daß es aufgrund der immer wieder gescheiterten Ansätze linker Gewerkschaftsarbeit im DGB (unsere Möglichkeiten dort sind nicht größer sondern kleiner geworden) endlich an der Zeit ist, o r g a n i s a t o r i s c h e Konsequenzen zu ziehen: Nämlich auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen.

Wenn wir sagen: "Auch", so meinen wir nämlich nicht, daß nun alle kämpferischen Kolleg(inn)en aus den DGB-Gewerkschaften rausgehen sollten, so wie wir dies ja auch nicht tun. Vielmehr machen unsere Mitgliedschaft im DGB davon abhängig, auf welche konkreten Arbeitsmöglichkeiten wir dort stoßen. Denn es ist ja sicherlich noch ein kleiner Unterschied, ob man in einem "fortschrittlichen" Ortsverband der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ist oder reaktionären Gewerkschaften wie der IG Bergbau oder der IG Bau angehört. Dort, wo wir gewisse Freiräume in den DGB-Gewerkschaften vorfinden, benutzen wir diese aber nicht, um Positionen und Mandate zu "erobern" und f ü r andere Kolleg(inn)en etwas rauszuholen; wir nutzen solche etwaigen Möglichkeiten, um unsere Ideen unter Gewerkschaftsmitgliedern zu verbreiten, indem wir die Kolleg(inn)en zu selbständigen Handeln und zu gemeinsamen Aktivitäten mit uns und anderen Betroffenen auffordern.

Diese Vorgehensweise kann aber eine eigene, freiheitliche gewerkschaftliche Organisierung außerhalb der heute bestehenden Gewerkschaften nicht ersetzen, da wir bei unserer Arbeit vor allem von zwei Dingen ausgehen:

1.Die Befreiung der Arbeiter wird ganz sicher das Werk der Arbeiter selbst sein, nicht aber irgendwelcher Politbürokraten und Berufsfunktionäre !

2. In unserer heutigen Organisationsform müssen die wichtigsten Elemente einer zukünftigen freiheitlichen Gesellschaft bereits im Keim vorhanden sein !

* * *

Das syndikalistische Organisationsprinzip

Uns Anarcho-Syndikalisten wird immer wieder vorgeworfen, wir seien organisationsfeindlich und wollten die Gesellschaft ins Chaos stürzen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben oft darauf hingewiesen, daß sich Freiheit nur auf den freiwilligen Zusammenschluß der Menschen stützen kann.

In diesem Sinne entwickelten Anarcho-Syndikalisten gegen Anfang dieses Jahrhunderts ein Organisationsmodell, das sowohl den revolutionären Klassenkampf als auch die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen nach der Beseitigung von privater und staatlicher Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren hat. Anarcho-Syndikalismus könnte man übersetzen als klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung ohne bonzenhafte Bürokratie. In zahlreichen Ländern wurde und wird versucht, diesen Anspruch in die Tat umzusetzen. So bewiesen z.B. die in der CNT organisierten Arbeiter und Bauern 1936 in Spanien, daß sie fähig waren, ohne Kapitalisten und staatliche Lenkung die Produktion aufrecht zu erhalten und das im Bürgerkrieg befindliche Land mit den notwendigen Gütern zu versorgen.1922 schlossen sich die verschiedenen syndikalistischen Landesorganisation zur Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammen, die eine Verständigung und Unterstützung der einzelnen Organisationen zum Ziel hat. Natürlich waren und sind nicht alle syndikalistischen Organisationen nach dem gleichen Schema aufgebaut, sondern hatten sich entsprechend



den verschiedenen Bedingungen der jeweiligen Länder und deren Arbeiterbewegungen entwickelt. Deshalb kann es uns hier nur darum gehen, die gemeinsamen Grundzüge herauszustellen.

Getragen wird die anarcho-syndikalistische Bewegung von der Gewißheit, daß wir uns nur selbst befreien können - Politiker sind uns dabei keine Hilfe, sondern nur im Weg.Denn eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung in unserem Sinne ist nur dann möglich, wenn sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten dieses Systems ihrer eigenen Stärke und Phantasie bewußt werden. Das Bewußtsein jedes Einzelnen und die Gewißheit der eigenen Kraft sind die Grundlage allen selbstbestimmten Handelns. Dies ist die Voraussetzung für eine freie, selbstverwaltete Gesellschaft, ohne wirtschaftliche und politische Machtgruppen, ohne Bürokratie und Staat. Aber die Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft werden nicht am "Tag der Revolution" geschaffen, sondern müssen schon jetzt in unserem Kampf erlernt werden. Das heißt, daß unsere Aktions- und Organisationsformen selbstbestimmt bzw. selbstverwaltet sein müssen. Einen Führungsanspruch - egal ob dieser von Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Trotzkisten, Maoisten etc.pp geäußert wird - einzelnen Gruppen lehnen wir deshalb ab.

Im Vertrauen auf die Eigeninitiative ist jede anarcho-syndikalistische Organisation dezentral aufgebaut. Das bedeutet, daß die gewerkschaftlichen Basisorgane in den einzelnen Betrieben und Orten in ihren Entscheidungen (z.B. ob, wann und in welcher Form gestreikt wird) selbständig sind. Die überbetrieblichen und überregionalen Gewerkschaftskomitees haben keine Befehlsgewalt, sondern dienen nur der Koordination, beraten die Basisorganisationen und liefern ihnen Orientierungsdaten (z.B. inwieweit die Organisation in der Lage ist, einen lokalen Streik zu unterstützen). Durch diese Betonung der Eigeninitiative der Basis bleibt die Organisation kämpferisch, und der Funktionärstyp, dem eine volle Gewerkschaftskasse lieber ist als ein erfolgreicher Streik (s.DGB), hat keine Chance. So wird die Organisation nicht zum Bremsklotz spontaner Basiskämpfe, sondern organisiert Solidaritätsaktionen im notwendigen Umfang.

Der/die syndikalistische "Funktionär/in" sollte seine Aufgaben möglichst ehrenamtlich erfüllen. Falls dies nicht möglich ist, darf er in keinem Fall mehr verdienen als ein "normaler" Arbeiter. Eine Tätigkeit als Funktionär/in m u ß in jedem Fall zeitlich begrenzt sein. Beruffunktionäre (Berufs"revolutionäre") sind der Tod jeder kämpferischen Gewerkschaftsbewegung. Außerdem müssen die Funktionäre der ständigen Kontrolle der Basis unterliegen und jeder Zeit abwählbar sein. Als Methoden des Kampfes empfehlen die Anarcho-Syndikalisten alle Formen der Direkten Aktion; die Direkte Aktion ist die Durc hsetzung von Forderungen durch die Betroffenen selbst, ohne sich dabei auf die "Hilfe Obergeordneter" (Parteien, Parlamente, Gerichte etc.) zu verlassen. Mögliche Aktionen sind z.B. Bummelstreik, Pfuscharbeit (schlechter Lohn=schlechte Arbeit), Sabotage, Streik, Besetzungen, Boykotts - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Die syndikalistische Organisationsform erfüllt eine Doppelfunktion: Zum einen ermöglicht sie den Arbeitenden durch die einheitliche und unbürokratische Organisation, den wirtschaftlichen Tageskampf z.B. für mehr Lohn, mehr Freizeit, bessere Arbeitsbedingungen etc. zu führen. Zum anderen ist sie eine Verbindung von Menschen mit dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und sich selbst der Produktionsmittel zu bemächtigen.

Denn eine soziale Revolution kann nicht eine rein politische Umwälzung sein; neben der Abschaffung des Staates basiert sie in erster Linie auf einer Umwälzung auf wirtschaftlicher Ebene: Die direkte und allgemeine Enteignung der Kapitalisten und Obernahme der Fabriken durch die Arbeiter(innen). Denn n u r wenn diejenigen über Produktion und Verteilung aller Güter und Dienstleistungen entscheiden, die heute dazu bestimmt sind, blind ihre Rolle als Produzenten und Konsumenten zu erfüllen, ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft



gegeben.

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung versteht sich also als eine zukünftige mögliche Selbstorganisation. Im folgenden geben wir eine schematische Darstellung des syndikalistischen Organisationsprinzips (ohne Anspruch auf Perfektion). Es handelt sich um ein zweigleisiges Organisationsmodell: Einmal Organisierung nach Industriezweigen; zum anderen Organisierung am Wohnort. Jeder Arbeiter ist demnach gleichzeitig Mitglied einer Industriegewerkschaft und einer Ortsgruppe. Dieses Modell entspricht am ehesten der französischen CGT in ihrer anarcho-syndikalistischen Phase. Die Industriegewerkschaften koordinieren den Kampf auf Industrieebene; sie schaffen die Verbindungen zwischen allen in der gleichen Industrie beschäftigten Arbeitern und erstellen alles erforderliche statistische Material. Eine viel bedeutendere Funktion werden sie aber der Revolution in Form der Organisierung der selbstverwalteten Betriebe erhalten. Der gebietsmäßige Zusammenschluß (auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene) aller Beschäftigten stellt die Erfüllung all jener Aufgaben sicher, die über die Grenzen der einzelnen Branche hinaus a l l e betrifft. Diesem territorialen Organisationszweig würde nach der Revolution die Aufgabe zufallen, die Konsumbedürfnisse einer jeden Gemeinde und des ganzen Landes zu ermitteln und die Ergebnisse den Industriegewerkschaften als Orientierungsdaten zukommen zu lassen. Auf diese Weise können die Arbeiter selbst das gesellschaftliche Leben organisieren und können auf die ganze Schmarotzerclique von Privatkapitalisten und Staatsfunktionären leicht verzichten.

Aus: 100 Jahre DGB tun dem Kapital nicht weh! Initiative FAU. 1,50.-

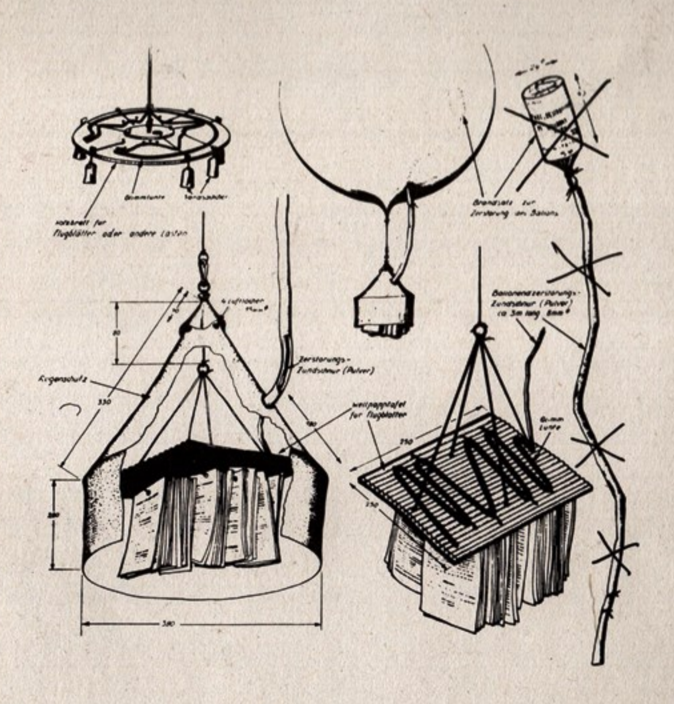
Es versteht sich von selbst, daß derartige Modelle nicht als bindend betrachtet werden dürfen. Es handelt sich nur um ein schematisches Modell, das den jeweiligen Erfordernissen angepaßt werden muß. Wir dürfen nicht in eine ideologische oder organisatorische Starre verfallen. Unsere Vorgehensweise und Organisationsform, ja der gesamte organisatorische Aufwand richten sich nach den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen wir stehen. Aber unser Ziel, durch selbstbestimmtes Handeln die Voraussetzung für eine freie Gesellschaft zu schaffen, bleibt davon unberührt.

Diese Bauanleitung richtet sich wohl erstrangig an die Bewohner der Westseite des eisernen Vorhangs.
Wenn schmuggeln zu riskannt ist:

FLUGBLATTBALLONS!

Entsprechend der angehängten Last werden HELIUM-gefüllte LUFTBALLONS mit Schnüren zusammengebunden.
Unten, unter einem Regenschutz, befindet sich eine Vorrichtung für den Abwurf von Flugblättern (Bild 1).

Diese besteht aus einem runden Sperrholzbrttchen von ca. 30 cm Durchmesser, oder auch aus einem quadratischen Wellpappestück entsprechender Größe.
Unter der Trageplatte hängen einzelne Flugblattbündel, deren Haltebindfäden durch Bohrungen in der Platte durchgeführt werden. Sie hängen oben an einer zickzackförmig über die vorhandene Fläche verlegten Glimmlunte. Diese brennt während des Fluges - sie wird beim Start des Ballons angezündet - langsam ab und öffnet dadurch in regelmäßigen Zeitabständen die Haltefäden der einzelnen Flugblattbündel, die so zum Abwurf gelangen.



Beachtet natürlich die Bestimmungen der Flugsicherheit und die §§ der BRD !! d. Red.

INTERNATIONAL



Die Versorgungslage hat sich in Polen im Jahr von Jaruzelskis Kriegsjunta kaum verändert, dh. man kann alles kaufen.
Um sich Schinken, ganze Schweine, Wodka in beliebigen Mengen, Marlboro, Dunhill, Stereoanlagen, Levis- und Wrangler Jeans, Kaffee, Pelzmäntelund Winterstiefel zu besorgen, müssen die Polen nicht erst gen Westen fahren, sondern sie können selbstverständlich alle diese schönen Waren - gegen die im Westen üblichen Zahlungsmittel ($, DM) versteht sich, - in jeder noch so trostlosen heimischen Stadt kaufen. Dafür sorgt seit Jahren das "staatliche Unternehmen für den inneren (!) Export", abgekürzt PEWEX. Im PEWEX darf jeder einkaufen, egal ob er 1 $ oder 1ooo $ hat. So sind diese Läden vor allem vor den Feiertagen à la Weihnachten überfüllt. Dies zeigt, daß einige Polen irgendwie zu westlichen Devisen (wenn auch nur in bescheidenen Mengen) gekommen sind. Zu Devisen kommt ein durchschnittlicher Pole (die oberen der Bürokratie haben sowieso immer Geld, dh. Devisen) durch Arbeit im Westen, Geschenke von Onkels aus Amerika oder indem er in Polen durch irgendwelche legalen, aber vor allem halblegalen bzw. illegalen Geschäfte eine größere Menge Zlotys zusammenkriegt mit denen er sich auf dem Schwarzmarkt Devisen kaufen kann.

Für die große Mehrheit der Polen, die keine bzw. nur wenig Devisen aufweisen können, hat sich die Versorgungslage unter Jaruzelskis Kriegsjunta kaum verändert, dh. nach wie vor kann man fast nichts kaufen und wenn, dann zu extrem hohen Preisen und unter Dauerstreß (Schlange stehen dauerndes auschecken wo es die gewünschte Ware gibt, herumrennen...).
Daß im Winter 82 mehr Waren in den Regalen der Geschäfte lag, als noch im Frühjahr 82, ist einfach das Resultat der permanenten Preissteigerungen!
Die Erhöhung der Bahnpreise ab 1.1.83 um 1oo% ist dabei lediglich eine Ausnahme, denn normalerweise begnügt sich der sozialistische Staat nicht mit solchen lächerlich geringen Steigerungsraten; So gelang es der selbsternannten "Volksmacht" im Jahre 1982 die Preise für Grundnahrungsmittel um satte 400 % zu erhöhen.
Natürlich können die Polen auch weiterhin bestimmte Waren nur auf Bezugsscheine (Lebensmittelkarten) kaufen. Pro Monat stehen einem erwachsenen Polen zB. o,5kg Butter, 2kg Mehl, 1,5 kg Zucker, 1kg Graupe, 12 Packungen Zigaretten, 1 Fl. Wodka oder 1oo gr. Kaffee, 25o gr. Waschpulver sowie 1 Stück Seife zu. Bei der Fleischmenge differenziert die Bürokratie, so daß Bergarbeiter 6kg, andere Arbeiter 4kg und Büroangestellte 2,5kg, zu nicht ganz so hohen Preisen , kaufen können.
Mehr als ein Paar Schuhe pro Jahr kann der Staat den Polen nicht zum Kauf anbieten. Mit einem Bezugsschein der ihn zum Kauf von einem Paar Schuhen berechtigt, geht der normal-Pole also in einen Schuhladen und "wählt" dort zwischen 3-4 Modellen (falls überhaupt vorhanden) eines aus. Für Winterstiefel zahlt er 4000 Zt.. Nun, falls er noch ein Paar Stiefel haben möchte, zB. besserer Qualität, so hindert ihn niemand daran. Für 30.000 Zt kann er sich diesen Wunsch jederzeit erfüllen. Diese Logik gilt natürlich auch für andere Waren, das eine Stück Seife auf Bezugsschein ist noch relativ "billig", jedes weitere kostet zwischen 3 Stundenlöhnen (poln. Seife) und 1,5 Tageslöhnen (westliche) etc..



Der offizielle monatliche Verdienst reicht für die meisten Polen noch nicht einmal zum überleben. Eine Büroangestellte kommt auf 5ooo Zt, ein Bergarbeiter verdient 2o.ooo Zt. Der

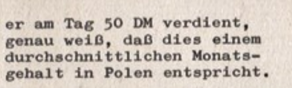
Durchschnittsverdienst liegt bei mageren 8ooo Zt, ungefähr die Hälfte dessen was man zum Leben braucht.
Um die tiefe Kluft zwischen der, vom Staat zuerkannten und der tatsächlich notwendigen Knete zu überbrücken, mußten sich die Leute allerhand einfallen lassen.
Der Spruch "legal, illegal, scheißegal", wenigstens zum Überleben muß es reichen, ist in Polen seit Jahrzehnten gelebte Wirklichkeit.

Ein Optiker in einem staatlichen Laden verdient einfach zu wenig. Dafür kennt er aber in verschiedenen optischen Fabriken Leute, die ihm alle zur Brillenherstellung (-reparatur) nötigen Teile "besorgen". Einmal im Monat klappert er diese Leute ab und sammelt alle Teile ein.
Während der offiziellen Arbeitszeit und in Heimarbeit baut er sich seine privaten, den "staatlichen" Produkten qualitativ und optisch weit überlegenen Brillen, die er dann in staatlichen Vitrinen ausstellt und mit denen er im Staatsladen einen schwungvollen Privathandel betreibt.

Es ist durchaus üblich, daß ein Zugschaffner (7ooo Zt im Monat), der offiziell für eine Fahrkarte 2oo Zt kassieren sollte, nur 1oo Zt verlangt, um diese dann, ohne ein Ticket auszustellen selbst einzusacken.

Wenn es im überfüllten Speisewagen Bier zu trinken gibt, ist dies nur indirekt ein Erfolg der realsozialistischen Wirtschaftsplanung. Der Kellner nämlich, der gezwungen ist sein schmales Gehalt aufzubessern verkauft während seiner Arbeitszeit in der Staatsbahn privat, dh. auf eigene Rechnung und zu relativ hohen Preisen das begehrte Naß. Selbstverständlich gäbe es ohne seine Initiative während der ganzen Fahrt (34o Km=3Std.) außer Tee, Kaffee und Limonade nichts. Daß auch uniformierte Offiziere das illegal verkaufte tschechoslovakische Pils schlürfen wundert hier keinen.

Diese drei alltäglichen, kleinen Beispiele zeigen, wie die meisten Polen es schaffen, trotz der rastlosen Zuckungen der bürokratischen Lüge dennoch zu überleben.
Der Westen erscheint nicht zuletzt deshalb so golden, weil ein Pole, der es schafft, bei Mac Donalds eine Arbeit zu ergattern, bei der

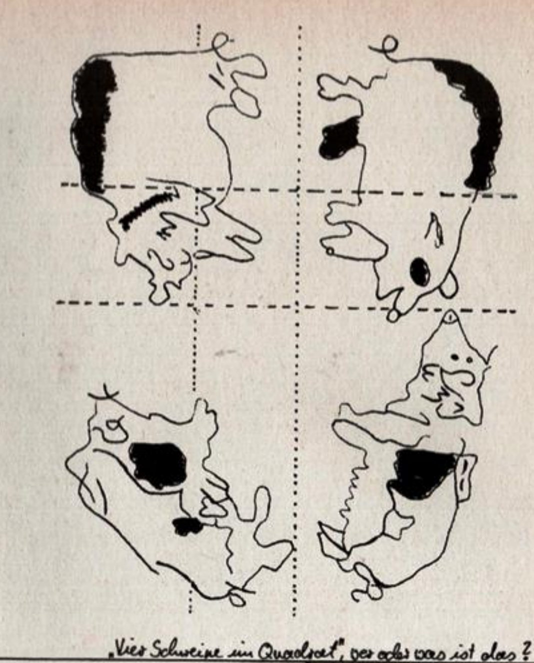


er am Tag 50 DM verdient, genau weiß, daß dies einem durchschnittlichen Monatsgehalt in Polen entspricht.

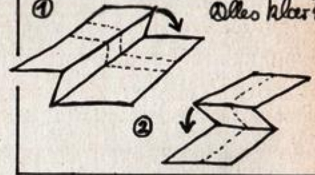
Der verbreiteten Unlust, für den Staat zu arbeiten, begegnet dieser mit der Wiedereinführung der Zwangsarbeit. Wer länger als drei Monate ohne Arbeit, ist wird durch die Miliz "der Arbeit zugeführt". Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit, vor allem im Zusammenhang mit Streiks, führt zur Entlassung (und somit zum Entzug der Lebensmittelkarten) und kann 3Jahre Knast kosten - soviel wie das verbreiten von Flugblättern. Natürlich werden nicht alle Streikenden entlassen, sondern von 1ooo werden zur Einschüchterung 1o sogenannte "extremistische Elemente" entlassen. 1982 wurden 1otausende von Arbeitern entlassen, die unter großen Schwierigkeiten gezwungen werden, sich eine noch schlechtere Arbeitsstelle zu suchen.

Am 16. Dezember 82 legten in Danzig Vertreter des Militärrates WRON, der sogenannten "Patriotischen Bewegung zur Rettung der Nation" (PRON), eine mit ungeheurem Propagandaaufwand vom Staat initiierten und den Staat beweihräuchernden Gruppe, sowie Mitglieder der staatlichen Betriebsgewerkschaften, Kränze am Denkmal der 1970 vom Staat ermordeten Werftarbeiter nieder!
Am gleichen Tag soll es irgendwo in Warschau zu einer friedlichen Demonstration kommen. Da ich nicht genau weiß wo, gehe ich erstmal zur St. Anna Kirche in der Altstadt, wo ein auf dem Boden des Kirchhofes aus Blumen gebildetes Kreuz täglich durch neue Blumen der Besucher höher wächst. Dort sind Kerzen angezündet und ein weiß-rotes Tuch mit der Inschrift "SOLIDARNOŚĆ" ist ausgelegt. Auf einem Din A5 großen Zettel steht:
"Heute am 16.12. findet um 173o eine heilige Messe in der Marcinkirche, Piwnastr. statt." Am Blumenkreuz sind etwa 5o, ganz normal "bürgerlich" angezogene Leute.
Von der ZOMO ist nichts zu sehen. Da ich keine Ahnung habe wo die Marcinkirche ist, gehe ich einigen Leuten nach, die wie ich die Ankündigung gelesen haben. Nach 3oo m bin ich auch schon in der Kirche, die modern kühl ausgestattet und mit etwa 6oo

Menschen überfüllt ist. Die meisten sind zwischen 3o und 5o Jahren, besser angezogen als zB. die Bewohner des Arbeiterviertels Praga, ich schätze es sind Mittelschichtler. Zunächst wird eine ganz normale röm.-kath. Messe durchgezogen, der Pfaffe redet in seiner Predigt vom Recht des Menschen frei und gut zu leben, mit dem Hinweis allerdings, daß das eigentliche Leben in Gott liegt. Nach der Beendigung der Messe verharren alle einen Moment schweigend. Dann stimmt eine ältere Frau das Lied "Gott schütze Polen" an, bald singen alle mit und heben den rechten Arm zum "victory" Zeichen (Wir, dh. Solidarność wird siegen).
Nach dem Absingen etlicher Strophen gehen die Leute, ein anderes Lied singend, auf die Straße. Am Ausgang hängt ein kirchliches Plakat, daß sich strikt gegen Abtreibung ausspricht. Draußen sind etwa 1ooo Leute die sich zu einer Demo formieren. Es werden jetzt auch Spottlieder auf die WRONa gesungen. (=Militärregierung) Die Leute lassen Solidarność, Walesa und Bujak hochleben, während sie der Junta ein baldiges Ende herbeiwünschen. Ich habe den Eindruck, daß viele Menschen Angst haben, obwohl bis jetzt alles friedlich abläuft. Als die Demo am Schloßplatz ist, kommt auch schon die ZOMO. Wie ihre bundesdeutschen Kollegen rennen die Milizionäre, ihre Knüppel auf die Schutzschilder schlagend, in den Demozug. Es ist ein krasses Mißverhältniß zwischen den Kalashnikov-behangenen ZOMO Gestalten und den in Straßenanzügen, in Stöckelschuhen und mit Einkaufstaschen in der Hand, panisch fliehenden Demonstranten.
Die Leute schreien, laufen, fallen über die Bänke, springen über Treppengeländer....
Ein Teil rettet sich in die nahe gelegene St. Anna Kirche. Dort, wo auch der Oberpfaffe Glemp ab und zu redet, wagt sich die ZOMO nicht rein.
Erst jetzt fällt mir auf wieviel ZOMO da ist, schwere Mannschaftswagen, riesige Wasserwerfer, Jeeps mit Tränengaskanonen usw.. Auch in der warschauerAltstadt sind überall grüne Uniformen, Helme, Knüppel, Schilder, MPs. Nachdem sich der erste Schrecken über den ZOMO Überfall gelegt hat, schreien die Leute, ich kann nicht zwischen Demonstranten und Passanten unterscheiden, der ZOMO "Gestapo" und "SS" entgegen.
Die ZOMO sperrt den Bezirk um die St. Anna Kirche ab. Über einen Lautsprecher verkünden die Bullen: "Achtung, Achtung, die Jugendlichen werden aufgefordert nicht zu schreien." Dies ist offensichtlicher Schwachsinn, denn gerade Jugendliche fehlen an diesem Dezemberabend. Weiter außerhalb der von der ZOMO okkupierten Zone patrolierten, aus 5 Soldaten bestehende Militärstreifen. Die ZOMO führt jetzt verstärkt Personenkontrollen durch, checkt die Ausweise und durchwühlt Einkaufstaschen. Nach ein paar Stunden erinnert nur die weiterhin präsente ZOMO an diese unbedeutende Episode im Widerstand der poln. Bevölkerung. Am Rande der Demo sprach ich mit einem 22 jährigen Polen, der offensichtlich von dieser Art des Protestes nicht allzuviel hielt, dafür sprach er recht konfus, aber echt polnisch, "dies bringt nichts, wir brauchen eine Revolution die die Folgen der Oktoberrevolution umkehrt, aber keinen Zaren, auch nicht Chile, das ist Faschismus, sondern eine kapitalistische Demokratie, denn wenn in Polen die Diktatur des Proletariats herrschen würde, wie wäre es dann möglich, daß der Staat alle Rechte des Proletariats liquidiert?"



„Vier Schweine im Quadrat", wer oder was ist das?



Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung hat ein reichlich diffuses Bild von der Realität in den USA und den Folgen amerikanischer Außenpolitik in der Türkei oder in El Salvador."Reagan als Befreier des poln. Volkes", dies ist ein weitverbreiteter Irrtum. Diese Merkwürdigkeiten resultieren aus der sozialen Lage der Bevölkerung und den "Überschlägen" der Propagandamaschinerie.
Jahrzehntelang mußten sich die Polen davon überzeugen, daß die offiziellen, dh. die staatlichen Medien grundsätzlich lügen. Die Leute überprüfen die Informationen und Kommentare, die der Staat für sie bereit hält, anhand ihrer eigenen täglichen Erfahrungen und stellen immer wieder fest, daß ALLES vom Staat propagierte falsch ist. Nur was der Staat entrüstet verdammt, ist sympathisch. Berichtet die berüchtigte Parteizeitung "Trybuna Ludu" (Tribüne des Volkes) zB. über Armut in den USA oder über Massaker in El Salvador, so scheint auch dies wenig glaubhaft zu sein. Die besten Propagandainstrumente des US-Imperialismus in Polen, sind die staatlichen



Medien selbst.

Radio Freies Europa, der in München stationierte CIA-Sender, wird von etwa 3o% der Polen, denjenigen also, die ein einigermaßen gutes Radio haben, gern und regelmäßig gehört. Die Sendungen sind keineswegs plumpe Propagandasendungen, sondern eine Mischung aus relativ "objektiven" Nachrichten über die Situation in Polen, Termindurchsagen für Demonstrationen, und natürlich Lobpreisungen auf den "freien" Westen Die Aktionen und Auffassungen der libertären Linken in Polen werden natürlich nicht durchgegeben.

Solange wir nicht in der Lage sind, Alternativen zu entwikkeln, würde die Schließung des Senders, wie dies vor allem von DKPistischen Kreaturen gefordert wird, die Situation des poln. Widerstandes nicht verbessern, sondern noch weiter verschlechtern.

Die 19o.ooo Mann starke staatliche Bürgerkriegstruppe ZOMO ist ständig im Einsatz und darum immer unausgeschlafen aussehend. Die Milizionäre sitzen in ihren Lastwagen, im Fahrerraum hängen pin up Fotos, amerikanischer Hard Rock dröhnt, Bier fließt durch die miliz-Kehlen. Warten auf den nächsten Befehl.
Die ZOMO rekrutiert sich aus Leuten, die aus Dörfern und Kleinstädten kommen, wo das Überleben am Schwierigsten ist. Der mehrjährige Dienst bei der ZOMO wird mit Wodka, Schokolade, Zigaretten und einem relativ hohen Sold belohnt und die Männer werden vom obligatorischen 2jährigen Militärdienst (Studenten 1 Jahr) befreit.
Die, isoliert in ihren Unterkünften vegetierenden, Milizionäre werden auffallend häufig als vollkommene Idioten bezeichnet, die von ihren Chefs mit Wodka und Narkotikas auf feige aber brutal getrimmt werden. Die politische Schulung der ZOMO beschränkt sich in der Regel auf Idiotismen wie etwa: Solidarność führte Polen in die Anarchie, schuld daran sind die Juden.

HINWEIS:
Inder nächsten Ausgabe der Aktion wird ein Bericht über die polnischen, bzw die warschauer Anarchisten erscheinen.

Die Faksimiles der vier Schweine, des 'Arbeit macht frei' Streifens, des Jaruzelski-Dollars und die Fotos sind Originale aus Polen!

WICHTIG WICHTIG WICHTIG
WICHTIG WICHTIG WICHTIG

SPENDET

FÜR DIE POLNISCHEN

ANARCHISTEN !

Jochen Knoblauch

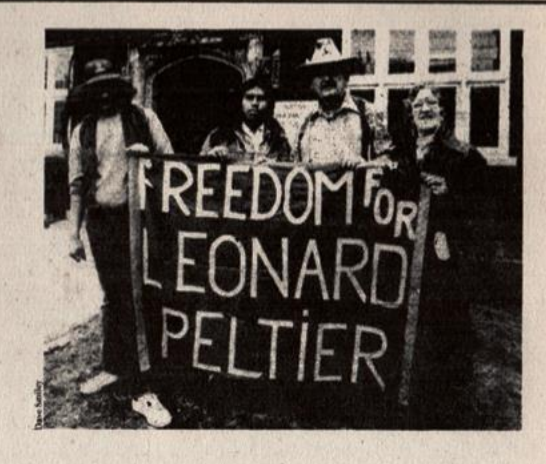
Postscheckamt Berlin

Konto - Nr. 4515 23 - 109

Stichwort "SOLIDARNOSC"

The War on AIM Continues ...

Seit den Tagen, als die ersten Europäer ihren Fuß in das Land setzten, daß heute als AmeriKKKa bekannt ist, - ihr korruptes Sozialsystem und ihre Planwirtschaft einfürten - haben die Ureinwohner die europäische Dominanz, die Ausbeutung und den massiven Völkermord überstanden.
Heute geht der Kampf an Plätzen wie der Paha Sapa (Black Hills) weiter, wo Mitglieder der Ogalala Lakota und der amerikanischen Indianerbewegung (A.I.M. American Indian Movement) einen Teil des ihnen einst gestohlenen Landes zurückfordern und ein traditionelles Dorf errichten.
Im Südwesten gibt es Stämme der Dine (Navaho) und der Hopi, die nun gegen die ernsteste Bedrohung seit 100 Jahren kämpfen müssen: sie kämpfen gegen die geplante Zwangsumsiedlung von 8000 Menschen ihres Volkes; sie kämpfen um den Big Mountain - ihren heiligen Berg - an dem Kohleraubbau betrieben werden soll.
Außerdem gibt es noch die Montana, die zum Stamm der Northern Cheyenne gehören, die um den Fortbestand ihres Heimatlandes gegen die ARCO und andere multinationale Konzerne kämpfen.
Dies sind nur drei Beispiele des heutigen Widerstandes der Indianer; mit etwas Mühe ließen sich noch viele andere Beispiele finden.
Der Kampf der'amerikanischen Indianer über so viele Jahre hinweg, ist ein überzeugender beweis dafür, daß sich ein Volk gegen den "Staat" wehren kann, und - daß es auch ohne Staat existieren kann.
Dies haben die Indianer über Jahrtausende hinweg mit großem Erfolg bewiesen.
Die indianischen Widerstandskämpfer winen nicht, wie andere, dem Sektierertum nach. Sie haben erkannt, daß sie ihre ganze Kraft für den Widerstand brauchen. Würden sie verlieren oder aufgeben, so wäre ihr Volk zum Aussterben verdammt - und das ist ihnen ständig bewußt.
Russel Means, von der Dakota A.I.M., drückte in einem Gespräch über das "Yellow Thunder Encapment" etwas sehr charakteristisches aus:
"Ein Mitglied der öffentlichen Presse fragte mich, ob wir bewaffnet seien. Diese Frage versetzte mich in Staunen. Hier sind wir, eine handvoll Indianer, inmitten der machtvollsten Nationen der Erde, die mehr Waffen besitzt wie jede andere Nation auf der Welt, und die haben die



Frechheit uns zu fragen, ob wir bewaffnet sind. Verdammt nochmal, wir sind bewaffnet! Wir sind bewaffnet mit unseren Fäusten, unseren Schaufeln, mit unseren Äxten und was immer wir auch am Boden liegend finden, um uns gegen Angreifer zu wehren."

Viele Indianer sitzen in Gefängnissen. Dies hat verschiedene Gründe. Einmal wehren sie sich dagegen, europäisiert zu werden, zum anderen haben die meisten Indianer Schwierigkeiten, in einer staatlichen Ordnung zu leben und schließlich sehen sie sich einem erdrückenden Rassismus ausgesetzt.
Der Anwalt Walter Echo-Hawk, ein Pawnee aus Oklahoma, der für die "Vereinigung für das Recht der Ureinwohner Amerikas" (Native American Rights Found) arbeitet, sagt:
"Imallgemeinen kann man davon ausgehen, daß jeder Indianer, den man trifft, entweder selbst, oder einer seiner Familienangehörigen, eingesperrt war."

Dieser Artikel befaßt sich mit einem der Widerstandskämpfer, mit Gwarth-ee-Lass, Leonard Peltier, Kriegsgefangener des Volkes der Lakota.
Die Geschichte von Leonard kann nicht erzählt werden, ohne die anderer mitzuerzählen, denn der Prozeß Leonard Peltiers ist stellvertretend für das ganze indianische Volk.
Im Sommer 1975 stellten Leonard und andere Lakotas ein Sweatlodge (Zelt) auf, um sich auf den Sonnentanz im August vorzubereiten.
Am 26. Juni überfiel das FBI das Land der Lakota, am Pine Ridge in South Dakota. Angeblich wollten sie nur einen Gerichtsbefehl an Jimmy Eagle, einen Jugendlichen, überbringen. Dieser war angeklagt, weil er ein Paar Stiefel stehlen wollte. Die FBI Leute eröffneten das Feuer auf ein Haus, das in der Nähe des Sweatlodge stand, das gerade erst erbaut worden war. Die Lakotas erwiderten das Feuer. Dabei wurden zwei FBI Agenten und einer der Lakotas, Joseph Struntz, getötet.
Am nächsten Tag überfielen 175 FBI Leute, begleitet von Staatstruppen (State Troopers) und den Schweinen vom staatlichen Büro für indianische Angelegenheiten (Bureau of Indian Affairs Pine Ridge) die beiden Reservate Pine Ridge und Rosebud. Sie plünderten die Häuser und nahmen 364 Menschen fest um sie zu verhören.
Der Sonnentanz wurde in das Rosebudreservat verlegt.
Am Morgen des 5. September attakierten 100 vom FBI gedungene Schläger das neue Camp. Unter den nun verhafteten befand sich auch die 27 jährige Micmac Indianerin Anna Mae Aquash von den Mova Scotia, die auch an den Aktionen bei Wounded Knee (siehe Kasten) teilgenommen hatte.
Aquash sagte später aus:
"Ich sah wie die FBI Leute mit MP's und Pistolen dastanden. Sie kamen einfach rein . und - ich weiß kein richtiges

Wort dafür - Überfall, Zerstörung, Plünderung - sie waren einfach überall, sie warfen einfach Sachen durch die Gegend und rissen Dinge auseinander."
Man sagte Aquash, daß sie von der Anklage loskäme, wenn sie Namen nennen würde, worauf sie antwortete:
"Ihr könnt mich erschießen oder ins Gefängnis stecken. Das sind die zwei Möglichkeiten, die ich in Kauf nehme."
Der FBI Terrorist David Price sagte daraufhin, dann würde er sie innerhalb eines Jahres tot sehen. Am 24. Februar fand ein Rancher die verweste Leiche von Anna Mae Aquash. Sie wurde durch Kopfschuß exekutiert.


Leonard Peltier

Fünf Monate nach dem Tod der beiden FBI Leute wurden Bob Roideau, Dino Butler, Jimmy Eagle und Leonard Peltier wegen Beihilfe und Anstiftung zu "sogenanntem"Mord angezeigt

Robideau und Butler plädierten auf Selbstverteidigung und wurden freigesprochen. Die Anklage gegen Jimmy Eagle wurde fallengelassen. Leonard jedoch



wurde von Kanada ausgeliefert, wo er in Ketten, in Einzelhaft gehalten wurde. Leonard wurde verurteilt und das aufgrund falscher Aussagen und der Rassenvorurteile der Geschworenen und des Richters. Er wurde wegen Mordes ersten Grades zu zwei lebenslangen Haftstrafen verurteilt und befindet sich nun im Zuchthaus in Marion. Leonards Anwälte haben mittlerweile eine 2255 Seiten dicke Akte angelegt, um ein Neuaufrollen des Falles zu erreichen. Aber die Regierung hat bisher noch keine Entscheidung über eine Neuaufnahme des Falles getroffen, vielmehr wird die Entscheidung von der Regierung seither verschoben. Am 1. Oktober 1982 erhielten Leonards Anwälte die Nachricht,

daß sich die Antwort weiterhin verschieben würde. Das National Defense Committee erklärte, daß die Regierung z.Z. nichts zu tun gedenkt. Wir hoffen auf eine baldige Antwort, entweder ein neuer Prozeß oder eine verlegung des Gerichtsortes.
In verbindung mit Leonards Kampf wurden Dino und sein Bruder Gary verhaftet, und in neun Anklagepunkten für schuldig befunden; darunter auch das Abfeuern einer gefährlichen Waffe innerhalb einer Stadtgrenze.
An ihrer Verhandlung nahmen sie nicht teil, da man ihnen



verweigert hatte, eine Pfeife mit in den Gerichtssaal zu nehmen. Sie wurden in Ketten gehalten und traten für ihr Recht in einen Hungerstreik.
Weitere Informationen über Dino und Gary gibt es bei: Society of the People Struggling to be Free, Station K, P.O. Box 69092, Vancouver, B.C., CANADA.
1978 wurde der Gefangene Standing Deer von der Regierung ausgesucht Leonard zu töten. Aber statt der Regierung zu helfen informierte Standing Deer Leonard. Dieser

und zwei andere indianische Aktivisten, Daals Thundershield und Bobby Garcia flüchteten.
Als Thundershield sich freiwillig stellte, wurde er ermordet. Auch Garcia wurde, als er festgenommen war, im Gefängnis Terre Haute ermordet. Angeblich hatte er sich, wie Carl Harp und George Simmons (amerik. Anarchisten, wurden im letzten Jahr ermordet), erhängt.
Leonard war fünf Tage auf freiem Fuß.
Seit Standing Deer den staatlichen Mordplan bekanntgab wurde er in verschiedene Gefängnisse hin und her verlegt, so daß seine Freunde um sein Leben fürchteten. ER befindet sich nun in Marion und beteiligt sich dort an dem z.Z. stattfindenden Arbeiterstreik.



Auch Winston Holloway wird seit der Zeit, da er Standing Deer und Bobby Garcia geholfen hat, von Loch zu Loch verschoben. Weil eine Bombe in seiner Zelle explodierte, kam er in Isolationshaft.

Alan Iron Moccasin wurde im Januar 1982 wegen Totschlags verurteilt, obwohl die Blut-

und Haarproben , die ihm entnommen wurden negativ waren. Wahrscheinlich sitzt er, weil er ein guter Freund Leonards ist.

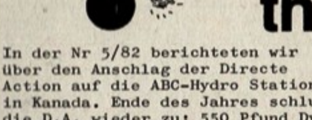
Helfen kann man den Leuten, indem Amnestie International mit der Forderung überschüttet wird, Leonard in die Liste der politischen Gefangenen aufzunehmen.

Angela Wright, Amnestie International, 10 Southampton St., London WC2E 7HF, ENGLAND.

Weitere Adressen der Gefangenen Hat die AKTION.

Aus STRIKE!, Kanada.

Direct Action: Bombing the Bombers



In der Nr 5/82 berichteten wir über den Anschlag der Directe Action auf die ABC-Hydro Station in Kanada. Ende des Jahres schlug die D.A. wieder zu: 550 Pfund Dynamit kippten der LITTON-Ind., einem Produzenten der CRUISE MISSILE-Atomraketen, die Vorderfront ihrer Fabrik in Toronto herunter. Leider wurden durch die Leichtfertigkeit der Polizei und des Litton-Sicherheitsdienstes 7 Personen verletzt.
Für uns in der BRD ist die Berichterstattung in den großen kanadischen Tageszeitungen sehr interessant: Beschreibung der inhaltlichen Auseinandersetzungender Anarchisten über den Anschlag. So veröffentlichte die 139 Jahre alte "The Globe and Mail" auf der ersten Seite die Schlagzeile: Debatte über Taktik wiedereröffnet - Anarchisten und die Litton Bombe. Eine weitere viertel Seite folgte weiter hinten in der Zeitung. Eine HILFE-TERRORISTENHYSTERIE ala Germony scheint dort (noch) fremd.

Fortsetzung von Seite 11

ein Gespräch

Aktion:
Hast du bestimmte Vorstellungen wie das funktionieren kann, wie so eine Selbstorganisierung aussehen kann?

Aschu:
Also in der Praxis, erstmal weg von diesen Großgebilden, von so riesengroßen Staaten, wo oben, an der Spitze eine Regierung oder ein Parlament sitzt, die alles entscheiden. Die Selbstbestimmung fängt von unten an, in meinem Wohnbereich, in meinem Arbeitsbereich. Um beim Arbeitsbereich zu bleiben, bedeutet dies natürlich, daß dieses herkömmliche Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß, weil es ein unaufhebbarer Gegensatz ist, daß einer Eigentumstitel auf eine Fabrik oder Maschinenansammlung hat und die anderen für ihn zu arbeiten haben. Das passt nicht zusammen. Also, Abschaffung von Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung für Selbstbestimmung der Lohnabhängigen und der arbeitenden Menschen. Das selbe natürlich auch im Wohnbereich. Das Privateigentum an Miethäusern verhindert natürlich, daß die Mieter selbst bestimmen. Also Überlassung dieser Wohnhäuser in Selbstverwaltung der Bewohner.

Aktion:
Letztendlich läuft das auf die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über andere hinaus, genauso auf die Auflösung von Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen...

Aschu:
Genau, Du sagst es. Das ist die zentrale Forderung, die ich nach wie vor stelle. Es geht nicht nur um die Ausbeutung, es geht darum alle Formen von Herrschaft von Menschen über Menschen radikal abzuschaffen. Praktisch ist das mit Selbstorganisation Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Betroffenen in all ihren politischen und sozialen Bereichen die Antwort auf Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen, die es abzuschaffen gilt.

Aktion:
Gerade die Abschaffung der Herrschaft und die Abschaffung der Lohnarbeit sind ja die Grundlagen des Anarchismus oder des libertären Sozialismus. Du hast dich sehr stark gemacht für die alternative Liste (im Gegensatz zur Grünen Partei). Wie läßt sich das für dich verbinden... einerseits 'ne Beteiligung an einem Machtspiel, eben im Parlament und anderseits dein Streben nach einer herrschaftslosen Gesellschaft.

Aschu:
Na ja, ich muß ja von dem ausgehen, was heute real existiert um da überhaupt mitmischen zu können. Ich muß mich irgendwie in einer Form dazu verhalten. Da verhalt ich mich folgendermaßen: ich deklariere immer die Priorität von außerparlamentarischen Kämpfen gegenüber jedweder Form von Parlamentsarbeit. Aber ich kann heute, in der augenblicklichen Situation das Parlament nicht ignorieren. Erstens deshalb weil die Massen auf dieses Parlament fixiert sind und zweitens, weil dort real ein Teil von Macht abläuft. Ich kann mich davon abstrahieren, dann ändere ich aber nicht, daß dort tatsächlich Macht ausgeübt wird, Und ich will mich doch schon in dieses Spielchen hereinbegeben, um da in meinem Sinne mitzumischen. Es sind eigentlich vordergründige Argumente warum ich Ja zur Beteiligung an der Parlamentsdiktatur sage.

Aktion:
Siehst du da nicht 'ne Gefährdung der außerparlamentarischen Arbeit, wenn man sich am Parlament beteiligt? Ich hatte da so das Gefühl bei der Beteiligung der Grünen an der Hessenwahl in Bezug auf die Startbahn West.
Sehr viele Leute, die geade gemerkt haben, wenn wir selbst nichts tun, dann passiert nichts, die rausgegangenen sind auf die Startbahn, daß die sich, durch die Beteiligung der Grünen und durch den zu erwartenden Einzug der Grünen ins Parlament, haben vertrösten lassen.

Aschu:
Ja, Manche, aber das waren nicht sehr viele. Ich glaube, im großen Ganzen gesehen bringt es nicht einen Abtrieb sonderen einen Auftrieb, gerade auch für die außerparlamentarische Bewegung. Sie weiß wir haben doch Leute da, die unsere Ansprechpartner auch in Wiesbaden oder Bonn sind.

Aktion:
Nun ja...

Aktion:
Ja, das hätte dann selbst für die Anarchisten oder libertären Sozialisten bedeutet, daß sie ihre uralten Postulate wie den Antiparlamentarismus fallen lassen müßten. Oder gleichzeitig hätte es bedeutet, daß sie versuchen müßten, potent zu bleiben, in dem sie sich an der Strömung quasi beteiligen müssten, sonst würden sie weiter unbedeutend bleiben.

Aschu:
Ich würde das letzte nicht so sagen, nicht seine antiparlarischen Ressentiments aufgeben, das meine ich gar nicht. Wir haben immer betont, daß wir zum Parlamentarismus, wie er praktiziert wird, ein sehr distanziertes Verhältnis haben. Aber ich muß erkennen, daß da ein Teil vom Machtpoker abläuft, dh. wenn ich mich davon ausschließe, dann bestimmen andere über mich. Das ist für mich der vordergründige Aspekt.

Aktion:
Also gezwungener Maßen sich an etwas beteiligen, was man eigentlich ablehnt.

Aschu:
Ja, um die Entwicklung auch in eine andere Richtung zu bringen, im Parlament die Stimme für Selbstorganisation und gegen abgehobene Stellvertreterpolitik zu ergreifen, wie sie im Parlament ja allenthalben betrieben wird.

Aktion:
Von der Parlamentsdiskussion können wir jetzt ein Stück weiter kommen. Wie siehst du die Rüstungspolitik der USA, bzw. der NATO als solche und in Anbetracht des Baus der Startbahn 18 West?

Aschu:
Zum ersten Teil der Frage, im höchsten Maße negativ und ein ungeheurer Bedarf an Widerstand ist da. Es besteht auch im zweiten Teil der Frage ein enger Zusammenhang zwischen NATO-Aufrüstungspolitik und dem Bau der Startbahn West. Das ist ja beim Kongreßausschuß in den USA sehr deutlich geworden, wo ein namhafter NATO-Militär gesagt hat, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens, wie er sich ausdrückte, zum Herzstück der Verteidigungsplanung der NATO gehöre. Und zwar deshalb, weil sie dann in Krisenzeiten ein großes Maß an Start-und Landekapazitäten haben. Weil sie dann in sehr kurzer Zeit riesige Massen von Menschen und Militärgut von den USA nach Europa schaffen können. Aus diesem Grunde, wie es ja auch ganz offen gesagt wurde, besteht also ein besonderes Interesse der NATO an diesem Bau der Startbahn West.
Soweit man diesen ganzen militärisch-industriellen Komplex überhaupt noch unter Gesichtspunkten von Rationalität betrachten kann, ist das der einzige rationale Gesichtspunkt, den man für die Startbahn West überhaupt noch anführen kann. Der Rückgang des Zivilluftverkehrs würde ja eher dafür sprechen, diese Geschichte schnellstmöglich abzublasen. Aber der zähe Wille, mit dem daran festgehalten wird, zeigt ja, daß es da militärische Geschichten gibt. Wichtig erscheint mir jetzt, daß der Widerstand, also gegen diese Hochrüstungs-, Nachrüstungs- oder wie immer zu bezeichnende Wettrüstungspolitik jetzt verstärkt wird, gerade in Anbetracht der drohenden Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen. Das bedeutet, daß an diesen Orten der Stationierung eine Infrastruktur des Widerstandes aufgebaut werden muß, wie wir sie an der Startbahn West aufgebaut hatten, im Vorfeld der harten Auseinandersetzung.

Aktion:
Ja, quasi als notwendige Vorbereitung um überhaupt präsent zu sein.

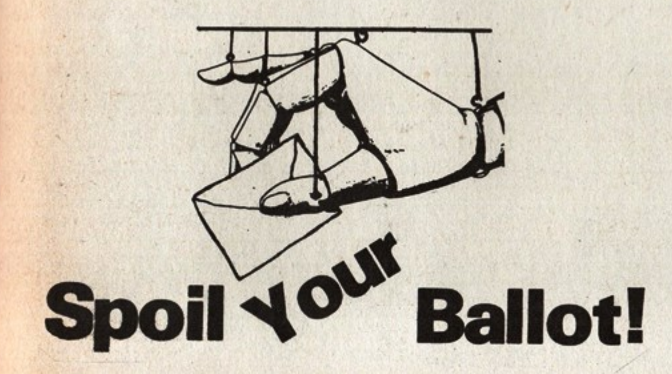
Aschu:
Ganz genau.

Aktion:
Wir sind langsam am Ende unseres Fragebogens angelangt: Wie denkst du über 1983 und die Zukunft? Bahro prophezeit die Apokalypse; bei den Grünen klappt es nicht mit dem Transmissionsriemen zwischen der Basis und den Abgeordneten, bei den anderen Parteien das Übliche, wir Anarchisten sind unbedeutend; und wie siehst du den ganzen Zirkus?

Aschu:
Das Jahr 1983 wird zweifellos geprägt sein auf die drohende Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen. Das also wird unser Leben im höchsten Maße beeinflussen, so sehe ich das, weil ich darin eine unmittelbare Vorbereitung für Planungen in Washington sehe. Ein Atomkrieg wird nicht nur denkbar, sondern auch führbar und wie die sich das denken, auch den gewinnbar zu machen...

Die Verhinderung dieser Waffen und ihre Stationierung sollte eine ungeheure Priorität haben. Das sehe ich, soweit man voraus sehen kann, als das zentrale Ereignis. Die zweite Frage wird natürlich sein, wie das politische Spielchen hier in der BRD weitergebracht wird.
Da wird natürlich der 6. Mrz. auch schon eine Bedeutung haben. Werden es die Grünen schaffen ins Parlament 'reinzukommen, und wenn ja, was werden sie dann dort entwikkeln?

If Voting Could Change The System... It Would Be Against The Law.





DIE BAUMWOLLPFLÜCKER

Dieser Roman trägt unverkennbare autobiographische Züge des Autors B. Traven. Gales, ein mitteloser, durch die Welt trampender Gelegenheitsarbeiter, erzählt in der Ich Form seine Erlebnisse als Baumwollpflücker, Bäcker, Viehtreiber und Kellner im Mexiko der dreißiger Jahre. Überall wo er hin kommt sieht er das gleiche Bild, unmenschliche Arbeitsbedingungen und geringer Lohn. Wir haben einen Ausschnitt aus dem Buch gewählt, in dem gerade ein Streik in einem Cafe - Haus stattfindet ... der Besitzer ist auf dem Weg zum Gewerkschaftslokal um über die Forderungen der Kellner zu verhandeln. Wer die ganze Geschichte lesen will: B. Traven, die Baumwollpflücker, rororo Taschenbuch Nr. 509, 5, 80 DM.

Señor Doux schluckte, als er den kleinen Raum des Sekretärs betrat. Er hatte beabsichtigt, dem Sekretär gleich fest in die Augen zu sehen; aber er kam nicht dazu. Denn hinter dem Sekretär war über die ganze Wand eine Fahne, zur Hälfte rot, zur andern Hälfte schwarz, gespannt, und darüber stand in dicken Lettern: Proletarios del mundo, unios! (Proletarier aller Länder, vereinigt euch!)

Das machte Señor Doux ganz und gar verwirrt. Er hatte plötzlich den Eindruck, als ob da vor ihm nicht der Sekretär sitze, sondern alle Kellner der ganzen Welt ihn wütend anblickten. Seine Stimme, die so fest sein sollte, klang recht zaghaft, als er nun sagte: «Guten Tag, ich bin Señor Doux vom Café La Aurora.»

«Gut. Setzen Sie sich. Was wünschen Sie?» fragte der Sekretär.

«Ich möchte gern wissen, ob Sie veranlassen können, daß mein Café wieder geöffnet wird.»

«Das können wir veranlassen», erwiderte der Sekretär. «Sie brauchen nur die Bedingungen zu erfüllen.»

«Oh, ich bin bereit, alles zu bewilligen, was die Kellner fordern.»

Der Sekretär nahm einen kleinen Zettel, warf einen Blick darauf und sagte: «Die Forderungen sind nicht mehr die gleichen, die gestellt wurden, als die Kellner Ihnen die Mitteilung machten.»

«Nicht mehr die gleichen?» schluckte Doux erschreckt.

«Nein. Es sind fünfzehn Pesos die Woche», sagte der Sekretär geschäftsmäßig.

«Die forderten aber nur zwölf.»

«Das ist leicht möglich. Aber dann wurde gestreikt. Und Sie verlangen doch nicht etwa, daß die Leute umsonst streiken. Jetzt macht es fünfzehn. Hätten Sie gleich bewilligt, wäre es bei zwölf geblieben.»

«Gut», erwiderte Doux, sich aufrichtend, «ich bewillige die fünfzehn Pesos.»

«Freitag ist Zahltag. Freitags für die ganze Woche. Diese unpünktlichen Zahlungen können wir nicht mehr zulassen.»

«Aber das kann ich nicht so ohne weiteres tun. Wir haben das immer so gemacht, daß wir zahlten, wenn wir das Geld eben gerade dazu frei hatten.»

Der Sekretär sah auf: «Was Sie immer getan haben, geht uns nichts an. Wir bestimmen, was Sie von nun an zu tun haben. Mit dieser alten Wirtschaft, wie sie Hunderte von Jahren bestanden hat, wollen wir nun endlich ein Ende machen. Da ist die Arbeit, hier ist der Lohn. Ebenso pünktlich, wie Sie die Arbeit von den Leuten verlangen, haben Sie den Lohn zu zahlen!»

«Das wird aber schwer gehen», verteidigte Doux seine Position. «Dann fehlt mir oft das Geld für Einkäufe.»

«Das kümmert uns nicht. Löhne gehen vor, sonst fehlen den Leuten die Pesos, um *ihre* Einkäufe zu machen. Und wir denken, es ist besser, Ihnen fehlt das Geld für Einkäufe als den Arbeitern.»

Señor Doux atmete schwer. «Aber am Sonnabend ist doch erst die Woche um. Warum soll ich da Freitag schon den Lohn zahlen?»

«Warum? Warum? Ist Ihnen denn das nicht klar?» Der Sekretär tat ganz erstaunt. «Der Arbeiter borgt Ihnen ja sowieso schon fünf Tage Lohn. Er gibt Ihnen seine Arbeitskraft fünf volle Tage, während Sie mit dem Kapital Geschäfte machen. Wie kommt denn der Arbeiter überhaupt dazu, Ihnen fünf Tage Arbeit zu borgen? Eigentlich sollten Sie Montag früh im voraus für die ganze Woche bezahlen, das würde sich gehören. Aber so weit wollen wir nicht gehen.»

«Gut, also damit bin ich auch einverstanden. Auch mit dem einen Vollessen und dem Kaffee mit Zugebäck. Dann ist ja wohl das alles in Ordnung?» Señor Doux stand auf. «Setzen Sie sich nur noch einen Augenblick», lud ihn der Sekretär ein. «Da sind noch einige Nebenfragen zu erledigen. Die Streiktage müssen Sie bezahlen.»

«Ich? Die Streiktage bezahlen?» schrie Doux. «Ich soll auch noch die Faulenzerei bezahlen?»

«Streik ist keine Faulenzerei. Und wenn bei Ihnen gestreikt wird, müssen Sie den vollen Lohn weiterzahlen. Streik ist auch Arbeit. Sonst könnten Sie alle, die ganzen Hotelbesitzer und Kaffeehausbesitzer, uns ja zu einem langen Streik treiben, um unsere Kassen zu zerstören, so daß wir nie wieder streiken könnten. Nein, Señor, darauf lassen wir uns nicht ein. Der Streik wird von uns finanziert. Wir sind nur die Lehnsbank für die Arbeiter. Aber zu zahlen haben Sie den Streik. Sie haben ja Zeit, reichlich, sich zu überlegen, ob Sie es zum Streik kommen lassen wollen oder nicht. Die Kriegskosten muß der bezahlen, der den Frieden braucht, um wieder Geschäfte zu machen.»

«Das ist die größte Ungerechtigkeit, die mir je vorgekommen ist», rief Doux.

«Ich will Ihnen nicht die Ungerechtigkeiten hier vorzählen, die Sie und Ihresgleichen jahrelang an Ihren Leuten verübt haben», sagte der Sekretär.

«Es bleibt mir wohl nichts andres übrig, ich muß auch das bezahlen», gestand Doux nun kleinlaut.

«Am besten gleich heute», erklärte der Sekretär, «denn morgen kostet es bereits einen Tag mehr.»

«Dann werde ich noch vor fünf Uhr herkommen und alles bezahlen», sagte Doux und erhob sich abermals.

«Bringen Sie aber etwas mehr mit», warf der Sekretär ein, während er sich gleichfalls erhob.

«Noch mehr?» fragte Doux erschreckt.

«Ja, ich denke, Sie wollen doch das Café schon jetzt geöffnet haben und nicht erst nach zwei Monaten.»

«Ist denn das nicht damit verbunden, wenn ich alles bewillige?» Señor Doux fragte ganz nervös.

«Keineswegs», erwiderte der Sekretär. «Das Schließen des Lokals hatte andre Gründe als den Streik. Das wissen Sie wohl recht gut. Sie haben den Inspektor aufgefordert, den Streikposten einen Denkzettel zu geben.»

«Das habe ich nicht getan», wehrte sich Doux.

«Wir sind darüber andrer Meinung. Es ist jedenfalls in Ihrem Lokal geschehen, und Sie sind für die Vorgänge in Ihrem Lokal verantwortlich. Sie konnten es leicht verhindern, daß so etwas vorkommen konnte.»

«Dann sagen Sie doch schon, was ich noch zu tun habe», drängte Doux.

«Sie haben zehntausend Pesos in die Kasse unsres Syndikates zu zahlen als Sühnegeld. Sobald Sie die Summe eingezahlt haben, werden wir für Sie die Garantie übernehmen, und dann kann das Café geöffnet werden, und die Siegel werden abgelöst.»

«Zehntausend Pesos soll ich zahlen?» Señor Doux war wieder in den Stuhl gefallen. Der Schweiß brach ihm aus.

«Sie brauchen es nicht zu bezahlen. Wir zwingen Sie nicht. Dann bleibt das Café zwei Monate geschlossen.» Der Sekretär wurde ganz trocken und kaufmännisch. «Natürlich haben Sie nach zwei Monaten die Löhne für die Kellner für die vollen zwei Monate nachzuzahlen. Die können doch nicht verhungern. Und wir können ihnen leider nicht erlauben, andere Arbeit anzunehmen, weil sie sich bereithalten müssen, bei Ihnen wieder anzufangen, sobald Sie öffnen. Wir können doch nicht zugeben, daß Sie eines Tages, wenn Sie öffnen wollen, keine Kellner haben und vielleicht geschäftlichen Schaden erleiden. Und damit Sie gleich im klaren sind, ein für allemal: Es ist nicht unsre Absicht, das Geschäftsleben zu vernichten oder auch nur zu stören. Durchaus nicht. Aber es ist unsre Absicht, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter von dem, was er produziert, nicht nur einen angemessenen Anteil erhält, sondern den Anteil, der ihm zukommt bis zu der höchsten Grenze, die das Geschäft tragen kann. Und diese Grenze ist viel höher, als Sie glauben. Damit beschäftigen wir uns augenblicklich besonders eingehend, die Tragfähigkeit jedes Arbeitszweiges zu errechnen. Arbeitszweige, die dem Arbeiter nicht so viel eintragen, daß er ein Leben führen kann, wie es einem Menschen von heute zukommt, sollen zugrunde gehen. Dabei wollen wir helfen. Und wenn solche Arbeitszweige wichtig sind für die Allgemeinheit, dann werden wir dafür sorgen, daß die Allgemeinheit dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Daß Ihr Café für die Allgemeinheit so sehr wichtig wäre, bestreite ich. Aber es ist nun einmal da. Und solange Sie es benutzen, Ihr Vermögen zu vergrößern, bringt es auch genügend ein, um anständige Löhne zu zahlen. Wenn Sie nichts mehr verdienen können, werden Sie schon von selber zumachen. – So, das habe ich Ihnen gesagt, damit Sie nicht denken, wir sind Erpresser. Nein, wir wollen nur, daß die Leute, die Ihnen ein Vermögen produzieren, den Anteil bekommen, auf den sie ein Recht haben. Für Sie bleibt noch genug übrig.»

Señor Doux hatte das sicher nur zur Hälfte verstanden. Er saß völlig verdöst da. In seinem Kopfe surrten nur immer jene zehntausend Pesos herum, die er da auf den Tisch legen sollte. Er traute sich nicht, ja zu sagen, aus Angst vor seiner Señora. Aber ebensowenig traute er sich, ein glattes Nein hier hinzuwerfen, gleichfalls aus Angst vor der Señora. Er wußte ja nicht, was sie vorziehen würde. Jeder Tag Zögerung kostete Geld. Schließlich kam es auf mehr heraus als auf diese zehntausend Pesos, wenn er zwei Monate geschlossen halten mußte und dann außerdem die Löhne nachzuzahlen hatte. So arbeitete er mit den Summen in seinem Kopfe, bis er halb verrückt wurde.

Er stand auf und sagte: «Ich werde es mir überlegen.»

Er verließ das Büro, ging die Treppe hinunter und trat auf die Straße. Er wischte sich den Schweiß und schnappte nach Luft. Dann machte er sich auf den Heimweg. Dabei kühlte er ab und fing an, die Sache ruhig zu überlegen. Er rechnete auf einem Papierstückchen hin und her und kam endlich zu der Überzeugung, daß es billiger sei, sofort alles zu bezahlen.

Nun aber Señora Doux. Ging er erst heim, so gab es die furchtbarsten Kämpfe. Sagte er ein bündiges Nein, würde sie sagen: «Warum hast du nicht ja gesagt?» Umgekehrt hätte sie gesagt: «Warum hast du nicht nein geantwortet?» Er konnte in diesem Falle tun, was er wollte, er würde es ihr nicht recht machen, denn es kostete Geld, und zwar reichlich Geld. Und in allen Dingen, die Geld kosteten und nicht das Doppelte einbrachten, gab es Krakeel. Endlich aber packte ihn ein stolzer Mannesmut, einmal seinen Willen ganz allein, und ohne seine Frau zu fragen, durchzusetzen. Und er dachte das am besten in der Weise zu tun, wenn er eine Entscheidung traf, die sie in die hellste Wut treiben müßte. Und das war, sofort zur Bank zu gehen, das ganze Geld, das nötig war, abzuheben und sofort wieder, ohne auch nur seine Frau zu sprechen, zum Büro zurückzugehen und alles glatt zu bezahlen.

Eine halbe Stunde später war er im Büro, zahlte jeden Peso, der aufgesetzt war, und dann sagte ihm der Sekretär: «Abends um sieben dürfen Sie Ihr Café wieder aufmachen. Ich werde dafür sorgen, daß Ihnen bis dahin das Aufhebungsprotokoll zugestellt wird.»

Señor Doux faltete die Quittungen zusammen, nachdem die Steuermarken draufgeklebt waren, und sagte dann: «Ich habe nur eine kleine Einwendung zu machen.»

«Ja?» fragte der Sekretär.

«Ich soll doch jetzt die Löhne freitags zahlen für die ganze Woche?»

«Allerdings», erwiderte der Sekretär.

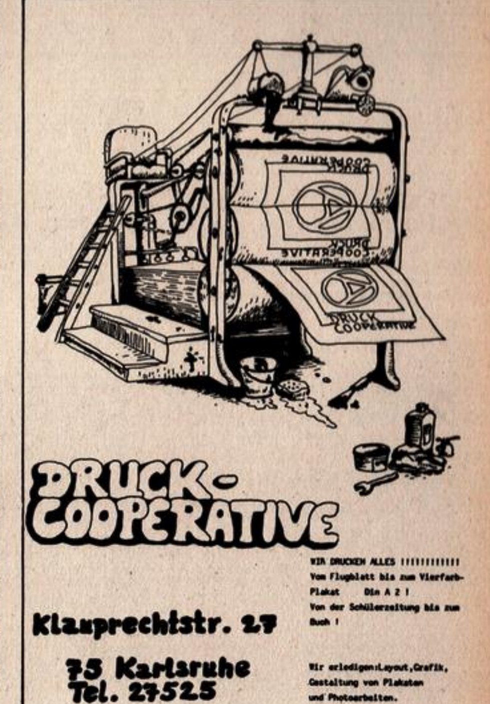
«Was dann aber, wenn der Mann am Sonnabend nicht wiederkommt? Dann hat er einen Tag Lohn, mit dem er fortgelaufen ist.»

«Sehen Sie mal an», sagte der Sekretär lächelnd, «wie gut Sie rechnen können. Das hätte ich gar nicht von Ihnen erwartet. Sie sind ja bisher den Leuten manchmal sechs Wochen lang mit dem Lohn davongelaufen, nicht nur mit einem Tag, nein, mit sechs Wochen Lohn.»

«Aber die Leute haben doch immer ihren Lohn bekommen, und ich bin ihnen doch sicher.» Señor Doux warf sich in die Brust.

«Ob Sie so sicher sind, ist noch sehr die Frage. Sie können ja unterderhand verkaufen und laufen davon mit den stehenden Löhnen. Aber das kommt vielleicht nicht vor. Was aber vorkommt, das ist, daß Sie immer einige Wochen lang die Löhne festhalten und mit diesem Gelde, das den Kellnern gehört, Geschäfte machen, ohne den Leuten Zinsen dafür zu zahlen. Wie kommen die Leute dazu, Ihnen Geld kostenlos vorzustrecken? Das wird nun aufhören. Sie können noch froh sein, daß wir nicht anordnen, die Löhne werden Mittwoch abend für die ganze Woche bezahlt, so daß also das Risiko auf halb und halb geht. Lassen wir es bei Freitag. Wenn Sie anständig zu den Leuten sind, läuft Ihnen schon keiner mit einem Tag Lohn davon. Und sollte es wirklich einmal einer tun, so werden Sie daran nicht zugrunde gehen. Also diese Frage ist nun geklärt. Besser, Sie beeilen sich, daß Sie bis um sieben mit allem fertig sind und Ihre Gäste zufriedenstellen können.»

Señor Doux verließ das Büro und ging heim.



Gedanken zur Abschaffung der Erziehung

" Neill, Freinet, Summerhill, Walldorf, Tvind"- Namen und Stichwörter aus dem Bereich der " Alternativpädagogik"- einer Form der Erziehund, deren Ziel es ist, Kinder auf möglichst freiheitliche Art zu erziehen.Unterschiede zur bürgerlichen Pädagogik sind dabei unverkennbar. Aber diese Differenzen beziehen sich ausschließlich auf die formale Seite der Erziehung, auf die Art und Weise, wie erzogen wird.
Ausgangspunkt bei allen denkbaren pädagogischen Richtungen ist immer die sogenannte" pädagogische Einstellung"- das Betrachten des Menschen als ein erziehungsbedürftiges Wesen.
Genau an diesem Punkt aber setzt die ANTIPÄDAGOGIK ein, deren Grundthesen ich im folgenden grob skizzieren will.

Antipädagokig

Was passiert bei erzieherischen Handlungen und woher nehmen sich die Erzieher eigentlich das Recht in einer solchen Art der Machtausübung Menschen zu formen?

I. DIE BÜRGERLICHE PÄDAGOGIK UND DIE ALTERNATIVPÄDAGOGIK

Um das Anliegen der Antipädagogik verstehen zu können, badrf es zunächst einer allgemeinen Klärung und Characterisierung des Begriffes " Pädagogik".

a) Der Mensch wird als erziehungsbedürftig betrachtet. D.h. als ein Wesen, das ohne Hilfe der Erziehung nicht in dieser Gesellschaft überleben kann.
Bei der Erziehung wirkt dann die " Bewußte und zielgerichtete Verhaltensänderung" des Pädagogen und hilft dem Kind somit unter seiner Anleitung zu überleben.

b) Erziehungsziele entstehen aus der jeweiligen pädagogischen Richtung, sowie aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang und der zeitlichen Epoche.

c) Das pädagogische Verhältnis zwischen Erzieher und zu Erziehendem wird in der Regel durch die Unmöglichkeit des Zöglings, sich der Erziehung zu entziehen geprägt. Er hat nur die Wahl, erzieherische Anweisungen zu befolgen, was Lob nach sich zieht und ihn in seiner Handlung bestätigt, oder nicht zu befolgen. In diesem Falle folgen Sanktionen und die Verunsicherung des zu Erziehenden in der Richtigkeit seiner Verhaltensweise.

d) Erziehung findet praktisch überall statt. Sei es in einem institutionellen Rahmen wie z.B. Schule, Uni, Kindergarten usw. oder außerinstitutionell in der Familie, Wohngemeinschaft...

e) Die " Alternativpädagogik" negiert und kritisiert diesen Zustand in keinster Weise.
Der einzge Unterschied, der zu bürgerlicher Pädagogik besteht, ist die Länge der " Leine", die sie den zu Erziehenden läßt.

f) Erzieherische Situationen finden in der Regel in einem hierarchischen Verhältnis statt. Bei jeglicher Art der Eziehung ist die Macht von Menschen über Menschen impliziert.

II. DIE KRITIK DER ANTIPÄDAGOGIK

Nach Meinung der Antipädagogen wird durch die obengenannten Voraussetzungen die Subjektivität und Individualität des Menschen zerstört.
Jeder erzieherische Akt wird deshalb als " Kleiner Mord" bezeichnet. Schon die Rechtfertigung des Begriffes der Erziehungsbedürftigkeit ist unsinnig und tautologisch.
Die Kinder werden von lernen wollenden Menschen zur erziehundbedürftigen und formbaren Masse degradiert.
Die Aktivität und das Subjektsein wird dabei zur Passivität und zur Objektrolle vermindert.
Wenn Erziehung als " Bewußte und zielgerichtete verhaltensänderung" verstanden wird, Kann der Erzieher nie mit der jeweiligen Individualität eines Menschen zufrieden sein, denn er will ja immer das Verhalten ändern.Der springende Punkt dabei ist, daß diese Änderung in den wenigsten Fällen so klappt, wie es sich der Pädagoge vorstellt.
Hieraus wird aber wiederum die Erziehungbedürftigkeit abgeleitet und begründet, so daß jegliche Pädagogik sich im Grunde genommen kreisschlüssig nur durch sich selbst rechtfertigt.
Folgen davon sind die perversesten und grausamsten Erziehungsmittel der sogenannten " schwarzen" und " weißen" Pädagogik. Es ist unglaublich, was für Methoden sich Pädagogen schon ausgedacht haben, um Kinder ihrem Willen zu unterwerfen- sie zu"entselbsten".
Diese Methoden brauche ich wohl hier im Einzelnen nicht aufzuzählen, denn jeder von uns ist oder war Opfer davon.
Sie reichen von körperlicher Folter über psychische Quälereien, bis zur institutionalisierten Kollektivbestrafung.
Je liberaler die Zeit ist, desto unsichtbarer wereden diese Bestrafungsformen.
Die Gründe warum aus Eltern, Lehrern usw. plötzlich Folterknechte werden, liegen dabei in der Kompensierung der eigenen Erziehung dieser Personen.
Waren sie die ganze Zeit Unterlegene in der hierarchischen Erziehungsskala, so sind sie nun an der Spitze.
Aus Kinder werden Eltern, aus Schülern werden Lehrer, aus Lehrlingen werden Meister. Die Situation ist jetzt genau umgekehrt. Mußte man die ganze Zeit erzieherische Maßnahmen erdulden und ertragen, kann man jetzt selber erziehen, Macht ausüben, sämtliche aufgestauten Aggressionen an hilf- und wehrlosen Kindern ablassen.Besteht diese Möglichkeit aus Mangel an Opfern nicht, so erfolgt ziemlich häufig eine Selbstzerstörung durch Drogen, Religionen, Selbstmorde....
Die Rachlust an selber erleideten Maßnahmen wird jedoch in der Regel befriedigt und sei es an sich selber! Es entsteht ein Kreislauf, den die Antipädagogen zu durchbrechen versuchen.
Dies ist allerdings, meiner Meinung nach ein Schwachpunkt der Antipädagogik, den es unbedingt zu verbessern gilt.
Voraussetzung für einen Ausweg aus diesem Dilemma ist auf jeden Fall die kritische Reflexion dereigenen Kindheit, die Überprüfung, welche erzieherische Maßnahmen in der eigenen Kindheitangewendet worden sind.
Doch wer hat schon die Möglichkeit längst kompensierte Ängste rational zu erfaßen?
Dazu bedarf es meiner Meinung nach einer besonderen inneren Bereitschaft, großer Geduld und der Möglichkeit mit Leuten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben dies zu erörtern.
Eine andere Möglichkeit wäre die sogenannte " Entmythologisierung des Kinderwunschmotives" die ehrliche Antwort auf die Frage, warum der Wunsch besteht Kinder zu bekommen, Lehrer zu werden....An diesem Punkte haben sich Erwachsene jedoch meist schon eine solche Menge von Gründen und Rechtfertigungen zugelegt, so daß oft der eigentliche Grund im Dunkel bleibt. Frägt man Kinder nach ihrem Motiv selbst einmal Kinder zu bekommen, erhält man dagegen spontanere und ehrlichere Antworten:" Damit ich nicht so alleine bin...Damit ich jemanden zum helfen habe.... " waren die meist genannten Antworten in einer Umfrage in Grundschulklassen. Niemand hat den Selbstzweck der Kinder genannt.
Wie sollen jedoch Menschen, die als Kinder schon solche Ansichten anerzogen bekommen haben, später von dieser eingefahrenen, jedoch etwas subtilen Meinung abkommen?

III. ZUR DISKUSSION

Da ich diesen Artikel als Diskussionsanregung verstehe, möchte ich außer dem eben erwähnten mir noch einen weiteren mir unklaren Punkt ansprechen.
" Limke" Kritik an der Antipädagogik geht von der gesellschaftlichen Dimension der Erziehung aus, die ja bekanntlich darauf abzielt brauchbare Staatsbürger zu schaffen und damit integrativ zu wirken. Aufgabe von uns kann es deshalb nicht sein, Erziehung an sich zu

negieren, denn niemand kann sich ihrer entziehen, sondern der staatskonformen Erziehung eine sozialistische Pädagogik entgegenzusetzen.
Die Frage für mich ist, ob durch Erziehung, also durch Zwang und Herrschaft von Menschen über Menschen überhaupt libertär denkende Menschen entstehen können, oder ob der Widerspruch zwischenErziehung und Freiheit dies nicht von vorneherein verunmöglicht.

LITERATUREMPFEHLUNG

Zum Schluß noch drei Bücher, die ich für unbedingt lesenswert halte, gleichwohl, ob man sich speziell für das Thema Antipädagogik interessiert oder nicht, denn pädagogische Situationen werden für jeden von uns irgendwann einmal entstehen, falls dies nicht jetzt schon derFall war oder ist.

- AG-Spak: Lernen geht auch anders. Materialien 39, München 81 (Gibt als " Reader" einen guten und kurzgefaßten Überblick über Alternativ- und Antipädagogik) 16.-
- Braunmühl, Ekkehard von, Antipädagogik-Studien zur Abschaffung der Erziehung, Weinheim/ Basel 80
- Miller, Alice. Am Anfang war Erziehung. Suhrkamp 79 Der Preis beträgt zwar 28.- es existiert jedoch ein Raupdruck für 8.-... davon .... contact yuor local dealer....

Gert (Briefe an D. Feßler)

1848-1863

Aufbruch in die Industriegesellschaft

ATOMEXPRESS Nr.17, Dez.79/Jan.80, S.23:
"Die GRÜNEN - Eine Alternative? Auf keinen Fall"
"...dabei haben sich Strukturen, Hierarchien und Machtpositionen schon etabliert. Kurzum: es sind Fakten und Sachzwänge geschaffen worden, ohne daß die Bürgerinitiativen sich groß dazu geäußert haben..." (S.23)

"...Die Atomindustrie selbst und ihre Vertreter in Politik, Wirtschaft und Justiz wollen die Entscheidungen über den Bau von Atomanlagen auf höchster Ebene gefällt wissen....Je höher die politische Ebene, desto bedeutender der Einfluß von Geld, Macht, Interessenverflechtung und Korruption, desto ausgeprägter die abgehobene, menschenverachtende Einstellung der am Entscheidungsfindungsprozeß beteiligten Personen."(S. 23)

"...Sie sollen die Bevölkerung beruhigen, ihr das Gefühl geben, daß es auch unter unseren höchsten Volksvertretern einige, wenn auch leider wenige gibt, denen die Belange des Umweltschutzes sehr ans Herz gewachsen sind.
Immer dann jedoch, wenn die Situation draußen auf dem Lande, vor Ort, sich zuspitzt, werden diese Umweltschützer in das grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden, um die aufgebracht Bevölkerung zu beruhigen.
Und sie werden immer wieder klarstellen, daß Umweltschutz nur durch einen ewig dauernden Überzeugungsprozeß, dem irgendwann auch mal die übrigen Politiker erliegen werden, friedlich erreicht werden kann.
Wenn es tatsächlich wieder zu Massenaktionen wie Platzbesetzungen kommt- immerhin sind diese Widerstandsformen ein Grund für unsere (Teil) Erfolge gewesen - werden es dann nicht Gruhl & Co. sein, die vor Kameras und Mikrofone gebeten werden, um "Stellung zu den Vorfällen" zu nehmen? Werden sie uns nicht "ins Gewissen reden", von solchen Aktionen Abstand zu nehmen?

ZUM TITELBILD:

Ich habe die Reaktionen von Freunden und Genossen auf das Titelbild getestet und sie fanden es nahezu alle übertrieben und "ausgesprochen herb". Des halb dachte ich, wir müßten genau erklären, was damit gemeint ist und wie wir zu einer solchen Einschätzung der "GRÜNEN" gekommen sind:
Es hat sich, scheint es, herumgesprochen, daß mensch die SPD nicht mehr wählt. Auch DKP und ähnliche spielen keine Rolle. Und natürlich muß in dieses Vakuum auf der parlamentarischen Bühne sofort eine neue Schauspielertruppe eintreten, denn "the Show must go on!"
Kein Zweifel, die GRÜNEN kommen irgendwie aus unserer Szene, sind vielleicht alt-68er, arbeiten (oder haben mitgearbeitet) mit in Bürgerinitiativen und sonstigen Basisgruppen. Aber gerade deswegen, weil sie diesem diffusen "Wir" entstammen,haben wir ein spezielles Recht, sie zu kritisieren. Es kann nicht darum gehen, jeden einzelnen GRÜNEN in irgendeine Ecke zu stellen, mit Schablone zu versehen... Worum es geht, und dies leistet das Titelblatt wirklich "herb", ist, eine Diskussion zu erzwingen "Wißt ihr denn, was ihr tut?"
Im Kasten ist eine kurze Auswahl aus der Geschichte der SPD und der russischen KP wiedergegeben, sie steht nicht umsonst dort.
Tatsächlich lassen sich in den Gründungs- bzw. Wachstumsphasen der Parteien reichlich Übereinstimmungen finden. Das Grundschema ist (vereinfacht): es entwickelt sich eine Massenbewegung; sie breitet sich über mehrere Klassen aus, wird als "Machtfaktor" interessant für Karrieristen und Idealisten. Diese gründen eine Partei und setzen sich auf die Bewegung drauf als neue Führer, bieten der Masse einen zusätzlichen Weg an, über den ihre Ziele angeblich zu erreichen sind, ergreifen die Macht... siehe Kästen!
Auch heute gründen sich Dutzende von



Verantwortung für Deutschland

SPD
Weiter arbeiten am Modell Deutschland
Regierungsprogramm 1976-80

Die Entwicklung einer Partei; Eine Auswahl:

Mitte des 19. Jahrhunderts Entstehung der Arbeiterbewegung.
1863 Lasalle gründet den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein
1869 Bebel und Liebknecht gründen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als deutsche Sektion der Internationalen.
1875 vereinigen sich ADAV und SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
1890 Stärkste Partei im Reichstag. Umbenennung in SPD
1907 Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stuttgart. SPD lehnt Vorschlag der Franzosen zum Generalstreik gegen den Krieg als "Generalunsinn" ab.
1910 Kongreß in Kopenhagen. Französische und englische Sozialisten schlagen internationale Antikriegskampagne und Generalstreik in der Kriegsindustrie und im Verkehrswesen im Kriegsfall vor. SPD lehnt ab.
1914 SI-Kongreß in Brüssel. Die deutschen und österreichischen sozialdemokraten erklären, daß die deutschen Arbeiter marschieren und nicht streiken würden.
1914 Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag.
1919 Noske (SPD Berlin) läßt auf die aufständischen Arbeiter schießen.
.
.
seit 1966 SPD mit an der Regierung. Ausbau der "Inneren Sicherheit" Atomstaat, NATO-Doppelbeschluß Verarmungspolitik (Operation '82), durchziehen großtechnologischer Projekte,...



Die Entwicklung einer Partei. Eine Auswahl:

Die kommunistische Bewegung ist schon mehrere Tausend Jahre alt. Entscheidend Bedeutung gewinnen kann sie erst
1917 Februar: Russische Revolution
1917 Juli: mißlungener Aufstandsversuch der Bolschewisten
1917 Oktober: Massenaufstand. Bildung einer Sowjet-Regierung. Schleichende Machtergreifung der Bolschewisten.
1917-21 Krieg gegen die aufständische Ukraine.
1921 Blutige Niederschlagung des Aufstands der Kronstädter Rätebewegung.
Seit 1917 Übernahme und Ausbau der zaristischen Geheimpolizei Ochrana, jetzt unter verschiedenen, öfters wechselnden Namen (Tscheka, NKWD, KGB)
In den 20er Jahren der ständige Versuch, die europäischen eigenständigen kommunistischen Parteien unter Kontrolle zu bringen.
1936-39 Sabotage der Spanischen Revolution zugunsten der bürgerlichen Demokratie.
1939 Nichtangriffspakt mit dem III.Reich.
1956 Niederschlagen des Aufstands in Ungarn
1968 Niederschlagen des "Prager Frühling"
1970 Niederschlagen des Aufstands in Polen.
.
.
Afghanistan, Polen, ...